

Geschäftsbericht 2001 - 2004

Deutscher Gewerkschaftsbund
Region Südniedersachsen-Harz

Inhalt

Vorwort	3
Der DGB und die Gewerkschaften in der Region	4
Die DGB-Ortsverbände	6
Agenda 2010 / Arbeitsmarktpolitik	15
Regional- und Strukturpolitik	17
Hochschulpolitik	22
Aktivitäten der DGB-Jugend Südniedersachsen-Harz	25
Frauenpolitik	28
Seniorenarbeit	30
Antikriegsaktivitäten / Erinnerung und Gedenken / Antifaschismus	32
Die DGB-Region, die Medien und die Kommunikation	34
Kirche und Gewerkschaft	36
Bildungsarbeit	37
Soziale Proteste	39

Impressum:
DGB-Region Südniedersachsen-Harz
Obere Maschstr. 10
37073 Göttingen
verantwortlich: Sebastian Wertmüller
Mit Beiträgen von Rosemarie Bergmann,
Erika Goebel, Pia Gries, Jürgen Krüger

Die letzten vier Jahre waren nicht die einfachsten für den DGB und seine Gewerkschaften, weder im Bund noch in Südniedersachsen und im Harz. Arbeitsplatzverluste, Betriebsschließungen und –verlagerungen, eine negative (Medien-)Öffentlichkeit und Mitgliederverluste prägten das Bild. Sozialreformen zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer taten ihr Übriges. Die Veränderungen im DGB, die 2001 zu der Bildung von DGB-Regionen führten, waren ein Ergebnis dieser Entwicklung.

Wobei festzustellen bleibt, dass dieser Prozess in den alten DGB-Kreisen Harz und Göttingen-Northeim noch glimpflich vonstatten ging: Büros mussten nicht geschlossen werden und es wurde nur eine halbe Verwaltungskraftstelle abgebaut. Im Gegenteil, so kann ich heute guten Gewissens feststellen, haben sich die Bedingungen ehrenamtlicher Arbeit im DGB in den letzten Jahren nicht verschlechtert und es muss das gemeinsame Ziel sein, dass es so bleibt.

Für die ehrenamtliche Arbeit – und DGB-Arbeit ist überwiegend ehrenamtlich – sind die ungünstigen äußeren Rahmenbedingungen von fast noch größer Bedeutung: Wenn einem permanent der Wind ins Gesicht bläst, hat man es deutlich schwerer, selbstbewusst und überzeugt für seine Gewerkschaft und den DGB einzustehen als dies noch vor 20 Jahren der Fall war.

Deswegen ein Dankeschön all denen, die diese Arbeit in den letzten vier Jahren getragen haben: Den Aktiven in den Orts- und Kreisvorständen, Regionsvorstand, in den Ausschüssen, Gremien und Beiräten und überall sonst, wo sie für gewerkschaftliche Positionen eingetreten sind.

Danke auch an die Beschäftigten in den DGB-Büros in Göttingen und in Goslar für ihre Ausdauer, Energie und Engagement: Rosemarie Bergmann, Erika Goebel, Pia Gries und Jürgen Krüger.

Ein Dankeschön den Partnern aus den verschiedensten Organisationen, Initiativen, Kirchen, Verbänden und Parteien mit denen wir die letzten Jahre intensiv und solidarisch zusammengearbeitet (und zuweilen auch gestritten) haben. Ohne diese Mischung aus Dachverband der Gewerkschaften und Netzwerkpartner in viel weiteren Zusammenhängen wäre der DGB zwischen Hann. Münden und Bad Harzburg und zwischen Uslar und Bad Lauterberg nicht der, den wir kennen.

Die nächsten Monate und Jahre werden nicht einfacher werden. Es ist unsere Aufgabe als Interessensvertretung der abhängig Beschäftigten (und derer, die ihre Beschäftigung verloren haben) auf veränderte Anforderungen zu reagieren. Flexible Arbeitsverhältnisse, deregulierte Arbeitszeiten, Leiharbeit und Minijobs, Schwarzarbeit und Scheinselbstständigkeit erfordern einen neuen Charakter von Gewerkschaft mit neuen Formen und Angeboten für unsere Mitglieder und für die, die wir bei uns haben wollen.

Insofern eine spannende Zeit des Umbruchs, die viel fordert, die aber auch – richtig verstanden – einige Chancen für Interessensvertretung bietet.

Wenn der DGB dazu ein paar Anhaltspunkte geben kann und durch sein Präsenz in der gesamten Region ein paar Orientierungen gibt, so ist das schon einiges.

Sebastian Wertmüller
DGB-Regionsvorsitzender

Der DGB und die Gewerkschaften in der Region

Nicht alle Gewerkschaften sind mit Büros und hauptamtlichen Kräften in der DGB-Region vertreten. Insbesondere der Goslarer Bereich wird nahezu nur noch von Büros außerhalb des Landkreises betreut. Die hauptamtlich besetzten Gewerkschaftsbüros von ver.di und IG BAU in Goslar werden aufgelöst. Es bleiben tageweise Lösungen, Sprechstunden und Sprechtage sowie ehrenamtliches Engagement.

Diese Entwicklung macht eine Kommunikation auf der Ebene von Gewerkschaftssekretären bzw. Geschäftsführern - aber auch auf der ehrenamtlichen Ebene - immer schwieriger.

Die DGB-Büros in Göttingen und Goslar bleiben erhalten. Allerdings haben beide Standorte Veränderungen erfahren: Die DGB-Rechtsschutz GmbH (die frühere DGB-Rechtsstelle) ist aus räumlichen Gründen 2003 aus dem DGB-Haus in Göttingen ausgezogen. Diese Etage ist jetzt fremdvermietet.

In Goslar ist die Situation noch prekärer: Nur noch das DGB-Büro ist dauerhaft hauptamtlich besetzt, das Gewerkschaftshaus nahezu verwaist. Hier wird eine Lösung gemeinsam mit den Gewerkschaften in einem anderen Mietobjekt gesucht.

Im Northeimer Gewerkschaftshaus ist der DGB schon seit Jahren nicht mehr mit Büroflächen vertreten. IG BAU und ver.di haben dort eine gemeinsame Etage bezogen und der Sitzungsraum ist erhalten geblieben.

Je geringer die gewerkschaftliche Präsenz mit Anlaufstellen vor Ort ist, um so wichtiger wird die Kommunikation in anderen Formen. Dabei nehmen die Gremien und Strukturen des DGB eine immer bedeutsamere Rolle ein, ebenso der Austausch über elektronische Hilfsmittel wie E-Mail und Internet.

Vier Jahre DGB-Region Südniedersachsen-Harz

Mit der Zusammenführung der beiden DGB-Kreise Harz und Göttingen-Northeim zur DGB-Region Südniedersachsen-Harz wurde im Jahr 2001 in einer gemeinsamen Delegiertenversammlung die Fusion besiegelt. Bestandteil dieser Zusammenführung waren einige Vereinbarungen: So sollte der Sitz der DGB-Region in Göttingen sein, das DGB-Büro in Goslar mit hauptamtlicher Besetzung erhalten bleiben. Das ist so geschehen und hat sicherlich dazu beigetragen, dass die Fusion von den Kolleginnen und Kollegen akzeptiert wurde. Ebenso wichtig war es, im DGB-Regionvorstand die regionale Gliederung der Region zum Ausdruck zu bringen und nicht künstlich gewachsene Formen der gewerkschaftlichen Arbeit im Harz zu vereinheitlichen oder auf Göttingen zu konzentrieren. Beides ist weitgehend gelungen, so dass die Zusammenlegung in der Rückbetrachtung als weitgehend gelungen und relativ reibungsfrei beschrieben werden kann. Das findet seinen Ausdruck auch im Fortbestand des DGB-Kreisverbandes Harz und einer Vielzahl einzelner DGB-Ortsverbände.

DGB-Regionvorstand

Der Vorstand besteht aus den VertreterInnen der acht Gewerkschaften im DGB, dem DGB-Regionvorsitzenden, einer Vertreterin des Regionsfrauenausschusses, einem/r Vertreter/in der DGB-Jugend und drei weiteren Mitgliedern, die von der Delegiertenversammlung zu wählen sind.

Die drei zugewählten Mitglieder wurden im Jahr 2001 unter regionalen Gesichtspunkten aufgeteilt. Diese sollten die gesamte Region widerspiegeln.

In der Region Südniedersachsen-Harz tagt der Vorstand zehnmal im Jahr im Northeimer Gewerkschaftshaus, die Beschlussfähigkeit ist fast immer gegeben. Die Stellvertreter/innen sind zu allen Sitzungen eingeladen.

Diskutiert werden in dem Gremium alle zentralen gewerkschaftlichen Themen, Initiativen und Kampagnen: Regional- und Strukturpolitik, die Arbeit der Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften in Göttingen, die Jugendarbeit, die Kampagnen des DGB zur Agenda 2010 und zu den Hartz-Gesetzen etc. Gemeinsame Aktivitäten in der Region werden im Vorstand besprochen und auf den Weg gebracht. Den Mitgliedern des Vorstandes liegt regelmäßig ein Termin- und Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden vor.

Als problematisch in der Vorstandsarbeit erweist sich die enorme Fläche der Region: Örtliche Themen können nur begrenzt angesprochen werden, weil sie immer für einen Teil der Anwesenden nicht nachvollziehbar sind. Schwierig ist außerdem, dass die Vorstandsmitglieder ihre Gewerkschaft nur eingeschränkt repräsentieren können. So ist der Informationsfluss über relevante gewerkschaftliche Ereignisse in den Vorstand hinein nicht immer gewährleistet. Ebenso können politisch bedeutsame bzw. mit finanziellen Folgen behaftete Entscheidungen im Regionvorstand nur eingeschränkt getroffen werden.

Das schränkt die Funktionsfähigkeit des Gremiums ein. Wünschenswert für die Zukunft wäre es, wenn die jeweiligen Vorstände der Gewerkschaften sich auch im DGB-Regionvorstand abbilden bzw. die

DGB-Vorstandsmitglieder sehr eng mit ihren Verwaltungsstellen und Vorständen verzahnt sind.

DGB-Kreisverband Harz

Kreisvorsitzender ist Manfred Helmerichs (IGM).

Der Kreisverband besteht laut Richtlinien aus je einer/m VertreterIn der Gewerkschaften, drei weiteren gewählten Mitgliedern (Vertreter der Ortsverbände) und je einer/m VertreterIn der Personengruppen Frauen und Jugend. Im Kreisverband Harz nicht vertreten sind die GdP und die Jugend.

Der DGB-Kreisverband Harz wurde im Juni 2002 mit dem Ziel gegründet, die gewerkschaftlichen und die DGB-Strukturen im Harz zu vernetzen und Bindeglied zwischen DGB-Ortsverbänden und dem DGB-Regionsvorstand zu sein. Mit einem gemeinsamen Vorstand für beide Landkreise sollte an den bisherigen Kreisvorstand Harz angeknüpft und die schwächeren DGB-Strukturen im Landkreis Osterode ausgeglichen werden.

Leider muss festgestellt werden, dass insbesondere die Einbindung des Landkreises Osterode nicht erreicht werden konnte. Die seinerzeit von den Gewerkschaften benannten Mitglieder für den Kreisverband kommen bis auf zwei stellvertretende Mitglieder alle aus dem Landkreis Goslar. Auch Aktionen und Veranstaltungen fanden ausschließlich im Bereich Goslar statt.

Die erste vom Kreisverband organisierte Veranstaltung war eine Talkrunde zur Bundestagswahl im Kreishaus Goslar mit den Kandidaten der CDU, SPD, FDP, GRÜNEN und PDS.

Informations- und Diskussionsveranstaltungen fanden darüber hinaus u. a. zur "Hartz-Gesetzgebung", zum Thema "Arbeitslose – Spielball der Politik?", zum "Kündigungsschutz" sowie eine Tagesveranstaltung zum Thema "Der Eigentümer bist DU!" statt.

Auf Kritik des Kreisverbandes stieß die Absage/Weigerung von Sigmar Gabriel, im Vorfeld der Landtagswahl für eine gemeinsame Diskussionsrunde mit der Kandidatin der CDU zur Verfügung zu stehen.

Eingehend befasste sich der Kreisverband – auch in Gesprächen mit der SPD-Kreistagsfraktion - mit dem Zukunftsprogramm 2002 – 2006 des Landkreises Goslar. In einer Stellungnahme wurde neben Anmerkungen zu den einzelnen Punkten des Programms u. a. die Notwendigkeit betont, am Diskussionsprozess eines solchen Zukunftsprogramms alle gesellschaftlich relevanten Organisationen, Kirchen, Tarifpartner etc. zu beteiligen.

Der Kreisverband begleitete die Arbeitsgruppe "Rettet den Harz", ein Projekt, das der DGB und die Gewerkschaften vor dem Hintergrund des permanenten Arbeitsplatzabbaues im Nord- und Südharz plan(t)en. Ziel war/ist, die Öffentlichkeit für die Nöte der Harzregion zu sensibilisieren, auf Kommunal-, Landes- und Bundespolitiker einzuwirken, für mehr regionale wirtschaftspolitische Aktivitäten einzutreten und Gewerkschaften in die Zukunftsgestaltung der Harzregion als Standort für Industrie, Handwerk und Dienstleistungen einzubinden.

Die VertreterInnen der Ortsverbände berichteten im Kreisvorstand regelmäßig über Aktuelles aus ihren Orten, über Veranstaltungen und Aktionen und den 1. Mai.

Die DGB-Ortsverbände

In der DGB-Region besteht eine ganze Reihe von DGB-Ortsverbänden (die bisherigen Ortskartelle). Diese setzen sich nach den Richtlinien des DGB aus einer/m Vorsitzenden, StellvertreterIn, SchriftführerIn, bis zu drei weiteren Mitgliedern und je einer/m VertreterIn der am Ort vertretenen Gewerkschaften (benannt oder bestätigt durch die zuständige Geschäftsstelle) zusammen. Die Mitgliederversammlungen sind offen für Mitglieder der DGB-Gewerkschaften. In der Praxis spielen diese Richtlinien dabei eine eher untergeordnete Rolle: Entscheidend ist, inwieweit KollegInnen bereit sind, sich im DGB ehrenamtlich zu engagieren.

DGB-Ortsverbände sind die DGB-Struktur, die noch am weitesten in der Fläche präsent ist. Sie sind zum Teil in Gemeinden vertreten, in denen es schon lange keine andere gewerkschaftliche Struktur mehr gibt und sie sind damit der einzige gewerkschaftliche Bezugspunkt in manchen Orten.

Die Aktivitäten bestehen hauptsächlich in regelmäßigen oder sporadischen Veranstaltungen (häufig in Zusammenarbeit mit der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben), in Vorstandssitzungen und in vereinzelten Interventionen gegenüber Kommunen. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Durchführung der Veranstaltungen am 1. Mai, die ohne die Ortsverbände nicht in der großen Zahl an verschiedenen Orten durchführbar wären.

Der 1. Mai nimmt dabei eine Bedeutung ein, die über den eigentlichen Anlass hinausreicht: Etwa 14 Veranstaltungen alleine in der DGB-Region Südniedersachsen-Harz machen die Bedeutung und die Dimension deutlich. In einer Zeit in der die Gewerkschaften in den Mittelzentren manchmal nur noch über gelegentliche Jubilarehrungen wahrgenommen werden, ist es das zentrale gewerkschaftliche Ereignis in der Fläche. Umso bedauerlicher ist es, dass diese Veranstaltungen immer schwieriger zu finanzieren sind und nur noch ein tiefer Griff

in die Kassen der DGB-Region macht alljährlich die hohe Zahl an Veranstaltungen und damit auch die große Zahl an Besucherinnen und Besuchern möglich. Sollte sich mit den Gewerkschaften allerdings keine Lösung des Finanzierungsproblems finden lassen, muss tatsächlich über die Durchführbarkeit all dieser Veranstaltungen gesprochen werden.

In unregelmäßigen Abständen wird ein Austausch zwischen den Ortsverbänden in der DGB-Region organisiert.

Allerdings setzen sich in den Ortsverbänden die Probleme der vergangenen Jahre fort und verschärfen sich: Überalterung ist festzustellen, Vorstandsmitglieder sind zum Teil nicht mehr im Erwerbsleben und es sind zu wenig Frauen und Jüngere aktiv dabei. So geht Schritt für Schritt die betriebliche Anbindung verloren.

Perspektiven: Die Zukunft der DGB-Ortsverbände wird maßgeblich davon abhängen, ob sie auf die sich ändernden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse reagieren können. Das macht sich fest an Informationsangeboten, die mehr Menschen als die eingeweihten Kreise ansprechen, an öffentlicher Präsenz, am Aufbau von Betriebs- und Personalrätenetzwerken und an eigenen Beiträgen zur Kampagnenfähigkeit des DGB. Ob dieser Sprung gelingen wird, ist noch offen. Dafür in der DGB-Region zu arbeiten, lohnt sich allemal.

DGB-Ortsverband Bad Harzburg

Manfred Finger (GEW) ist Vorsitzender des DGB-Ortsverbandes Bad Harzburg. Neben ihm gehören dem Vorstand Mitglieder der IG BCE, GEW, IGM und ver.di an.

Der Ortsverband nahm öffentlich Stellung zu Privatisierungsüberlegungen bei der Straßenreinigung und im Winterdienst, zur geplanten Streichung einer Stelle im Jugendtreff, legte Widerspruch ein zum geplanten Bau einer WildTiernis im Schimmerwald und informierte sich über die Kartierung der Altlasten im Bereich Bad Harzburg ebenso wie über die Umstrukturierung der Harzklinden.

Breiten Raum nahm die Diskussion um die Müllentsorgung im Landkreis Goslar und die Umwandlung der Abfallwirtschaft in eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ein. Neben der Besichtigung der Mülldeponie und anschließender Diskussion mit dem Personalrat fanden Gespräche und Informationsveranstaltungen mit dem für die Abfallwirtschaft zuständigen Kreisrat über die Erhöhung der Müllgebühren und den künftigen Transport des Mülls ins Kraftwerk Buschhaus statt (einschl. eines Besuches vor Ort in Buschhaus).

Weitere Veranstaltungen u. a. zu folgenden Themen:

- Befragung der KandidatInnen zur Landtagswahl 2003
- "Investieren oder sparen? – Wie soll Kommunalpolitik in Bad Harzburg gestaltet werden?" mit den Kandidaten für das Bürgermeisteramt
- Globalisierung und Internationale Finanzmärkte
- Hartz-Gesetze

Durch Besuche und Solidaritätsadressen unterstützte der Ortsverband die Kolleginnen und Kollegen der Harzburger Spielbank bei ihrem Streik ebenso wie die streikenden Redakteure der Goslarschen Zeitung in der Lokalredaktion Bad Harzburg.

Auf Einladung des DGB-Ortsverbandes und Pax Christi fand 2004 eine gut besuchte Veranstaltung mit dem Träger des Aachener Friedenspreises Dr. Reuven Moskowitz in Bad Harzburg statt.

Ein weiterer Schwerpunkt sind die jährlichen Mai-Veranstaltungen.

Das Projekt "Gesundheitsreform ... bleibt der Patient auf der Strecke?" war Schwerpunkt der Arbeit des DGB-Ortsverbandes Bad Harzburg im Winterhalbjahr 2003/04. Es fanden Diskussionsveranstaltungen mit den Bundestagsabgeordneten, Vertretern der Krankenkassen und der kassenärztlichen Vereinigung zu den Themen "Gesundheitsreform ... bleibt der Patient auf der Strecke?" und "Gesundheitsreform – der große Wurf oder Ziel verfehlt?" statt.

Außerdem wurden u. a. die Themen "Demografie als Mythos", "Lobbyarbeit in der Gesundheitspolitik" und "Bürgerversicherung / Kopfpauschale / Einheitsversicherung" behandelt.

An mehreren Samstagen informierte der DGB-Ortsverband in der Fußgängerzone mit sog. "Wir bringen es auf den Punkt-Aktionen" und Bodenzeitungen über die gewerkschaftlichen Positionen zur Gesundheitsreform. Unter dem Motto "Wir tun was für Ihre Gesundheit" mit Ausschank von heißem Zitronentee wurde zum Start der Gesundheitsreform im Januar 2004 der DGB-Ratgeber "Erste Hilfe" in der Fußgängerzone verteilt.

DGB-Ortsverband Bad Lauterberg

Der Ortsverband tagt – mit Ausnahme der Ferienzeiten – monatlich. Vorsitzender ist Wolfgang Flörke (GEW). Im Ortsverband sind die Gewerkschaften ver.di, IG Metall, IG BCE, IG BAU, GEW, GdP und TRANSNET vertreten.

Themen der Versammlungen der vergangenen Jahre waren u. a.:

- Zwangsarbeiter in Bad Lauterberg
- Schulentwicklung in Niedersachsen
- Bilanz der kommunalpolitischen Entwicklungen in Bad Lauterberg
- Änderungen im Kündigungsschutzgesetz
- Gesundheits-, Renten- und Arbeitsmarkt-Reform
- Ausbildungsplatzabgabe
- Minijobs und Mindestlohn
- 1-Euro-Jobs und ARGEs (Arbeitsgemeinschaften)
- Sozial- und Stellenabbau in Niedersachsen
- Podiumsdiskussion mit den Kandidaten zur Landtagswahl 2003
- Diskussionsveranstaltung "Wirtschaftliche Situation in Bad Lauterberg"

In allen Mitgliederversammlungen wurden auch aktuelle örtliche Themen behandelt und Positionen über die Presse veröffentlicht. Der DGB-Ortsverband ist eine anerkannte Institution im Großraum Bad Lauterberg.

Gemeinsam mit dem DGB-Ortsverband Herzberg-Osterode gestalten die Kolleginnen und Kollegen die zentrale Maiveranstaltung am 1. Mai in Osterode.

Der DGB-Ortsverband mobilisierte für die Aktionstage in Dortmund, Berlin und Hannover, unterstützte in mehreren Veranstaltungen und öffentlichen Erklärungen die von Betriebsschließung bedrohte Belegschaft der Hemeyer Verpackungen, die Kampagne zur Betriebsratswahl und griff alle kommunalpolitisch relevanten Sachverhalte auf.

Der Ortsverband war im Jahr 2004 am gemeinsamen Projekt mit dem OV Herzberg-Osterode beteiligt. Dieses vom DGB-Bundesvorstand geförderte Projekt mit dem Titel "Handeln nicht wegducken" wurde mit den Veranstaltungen

- Auswirkungen der Gesundheitsreform auf Arbeitnehmerhaushalte
- Arbeitsmarktakteure und Arbeitsamt

durchgeführt. Das Projektziel, eine bessere Zusammenarbeit mit den regionalen Institutionen, wurde erreicht.

DGB-Ortsverband Duderstadt

Der DGB-Ortsverband Duderstadt wird von Thomas Kewitz (ver.di) geleitet. Der Vorstand tagt monatlich und beschäftigt sich regelmäßig mit aktuellen kommunalpolitischen (und arbeitsmarktnahen) Themen. Beteiligt sind KollegInnen von ver.di, IG BAU, IG Metall, GEW, TRANSNET und GdP.

In unregelmäßigen Abständen werden Bildungsveranstaltungen (teils an Sonnabenden vormittags, teils als Abendveranstaltungen) durchgeführt. Dabei wird eine breite Themenpalette abgebildet:

- Hartz-Gesetze
- Rentenreform
- Gesundheitspolitik
- Podiumsdiskussion der Bürgermeisterkandidaten
- Besuch Berufsschule mit Fachgespräch
- Besuch Arbeitsamt mit Fachgespräch
- Geschichte der Arbeiterbewegung in Duderstadt

Ein jährliches "Highlight" ist die Veranstaltung zum Internationalen Frauentag: In Kooperation mit der Frauenbeauftragten der Stadt Duderstadt durchgeführt, lockt die Frauentagsveranstaltung regelmäßig um die hundert Frauen an.

Dazu kommt alljährlich die Planung und Durchführung der 1. Mai-Veranstaltung.

Ein besonderes Gewicht haben einzelne Interventionen des DGB-Ortsverbandes gewonnen: So beim Thema Ladenöffnung am 1. Mai und Sonntagsladenöffnung beim Zusammenfall von 1. Mai und Sonntag: In beiden Fällen ist es gelungen, über ein gutes Zusammenspiel zwischen DGB-Ortsverband und einigen kommunalen Mandatsträgern (insbesondere der SPD) entsprechende Pläne der Verwaltung und des Einzelhandels zu Fall zu bringen.

Ein weiteres Thema mit einigen Folgeaktivitäten des DGB-Ortsverbandes sind die Arbeitsbedingungen bei einem lokalen Einzelhändler: Pressemitteilungen, zweimalige Flugblattverteilung vor dem Betrieb, Aktion Rote Karte usw. haben das Geschäft und die dort praktizierten Methoden öffentlich in das Rampenlicht gerückt.

DGB-Ortsverband Einbeck-Dassel

Vorsitzende des DGB-Ortsverbandes Einbeck – Dassel ist Siegrid Jaeger (IG Metall). Vorstandssitzungen werden bei Bedarf (ca. 6-mal im Jahr) abgehalten.

Bei den bisher regelmäßig angebotenen Bildungsveranstaltungen an Samstagen (vormittags) wurde die Teilnehmezahl immer geringer, die Suche nach Referenten für diese Tageszeit wurde schwieriger und mit dem Tagungslokal gab es Probleme. Der Vorstand entschloss sich daher, Informationsveranstaltungen und Podiumsdiskussionen nach einer Vorstandssitzung – also gegen 19:00 Uhr – durchzuführen. Bei den letzten durchgeführten Abendveranstaltungen (Hartz IV, Leiharbeit, Beschäftigungsgesellschaften etc.) war die Beteiligung zwar größer als bei den Samstagsveranstaltungen, jedoch noch immer nicht zufriedenstellend.

Jährlich schrieb der Vorstand eine Wochenendfahrt aus. Die Fahrten gingen nach Berlin, in den Spreewald und zur Mecklenburgischen Seenplatte. Mit durchschnittlich 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmern hatten diese Angebote guten Zuspruch.

Zum Frauentag verteilten Vorstandsmitglieder Rosen der IG Metall Alfeld in der Fußgängerzone in Einbeck.

Die jährlichen Maikundgebungen finden auf dem Marktplatz in Einbeck statt. Gewerkschaften, örtliche Vereine und Verbände präsentieren sich und/oder beteiligen sich an der Beköstigung des Publikums. Sehr gut angenommen wird eine Kinderbetreuung.

DGB Ortsverband Goslar

Der 1997 wiederauferstandene DGB-Ortsverband Goslar hat in der Zeit von 2001 bis 2005 monatlich Sitzungen oder öffentliche Veranstaltungen durchgeführt.

Jedes Jahr wird am 1. Mai eine Demonstration und ein Maifest auf dem Jakobikirchhof durchgeführt. Zum Antikriegstag am 1. September oder am 8. Mai (Tag der Befreiung vom Faschismus) oder am 27. Januar (Tag der Befreiung von Auschwitz) bietet der OV seinen antifaschistischen Stadtrundgang (zu dem auch eine Broschüre veröffentlicht wurde) oder eine Gedenkstättenfahrt an.

Der Ortsverband mischt sich in Goslarer Kommunalpolitik ein: Pressemitteilungen, Flugblätter, Gespräche mit RatspolitikerInnen. Weil die parlamentarische Opposition nahezu nur aus einem Vertreter der Bürgerliste besteht, ist der DGB so etwas wie die organisierte außerparlamentarische Opposition.

Themen in den letzten vier Jahren waren u. a.:

- Antiprivatisierungskampagne gegen den kommunalen Ausverkauf des Sozialstaats. Z. B. mit einer MieterInnenversammlung und der Androhung eines Bürgerbegehrens im Falle des Verkaufs der gemeinnützigen Goslarer Wohnstättengesellschaft
- Sozialgipfel I-IV mit dem Versuch, alle von Sparmaßnahmen, Schließungen und Privatisierung betroffenen Gruppen an einen Tisch zu holen. Es gelang aber nicht die Gruppeninteressen so zu bündeln, dass es zu einem kollektiven Widerstand gekommen wäre.
- Umweltpolitik: Einsatz für eine nachhaltige Verkehrspolitik in Goslar und für regenerative Energien vor Ort.
- Schulstrukturreform: kritische Begleitung der Abschaffung der Orientierungsstufe.
- Teilnahme an den Montagsdemos in Goslar, Gründung eines "Netzwerkes für soziale Gerechtigkeit", an dem außer DGB und ver.di noch die ev. Kirche und verschiedene Betroffenenengruppen mitwirken.

Bildungsarbeit: Es wurden erfolgreiche Seminare zur Globalisierung, zum Privatisierungswahn und zur Europapolitik für alle DGB-Ortsverbände des ehemaligen DGB-Kreises Harz angeboten.

Teilnahme an bzw. Initiierung von Bündnissen: Der Friedensratschlag im DGB-Ortsverband hat u. a. gegen den Krieg gegen den Irak eine Friedenskundgebung, Friedensmahnwachen und einen Ostermarsch organisiert.

Die Goslarer Kaffeekampagne ist auf Initiative des Ortsverbandes in der Auseinandersetzung mit der Globalisierung entstanden. Zusammen mit der lokalen Agenda 21-Gruppe, dem Eine-Welt-Laden "El Puente" und der Unicef-Gruppe wird biologisch angebauter und fair gehandelter "GoslarKaffee" vertrieben.

In vielen politischen Themen ist der DGB-Ortsverband "die Spitze der Bewegung" in Goslar. Er greift aktuelle Themen auf und organisiert Informationsveranstaltungen, öffentlichen Protest und ein kleines bisschen Widerstand. Ohne ihn wäre Goslar bald nur noch neoliberal.

DGB-Ortsverband Hann. Münden

Axel Nelges ist Vorsitzender des Ortsverbandes Hann. Münden seit November 2001. Er folgte in dieser Funktion Claif Schminke, der aus beruflichen Gründen sein Amt niedergelegt hatte. Im Ortsverbandsvorstand sind die Gewerkschaften IG BAU, GEW, IG Metall, IG BCE und ver.di vertreten. Die Vorstandssitzungen finden außer in den Ferien in vierwöchentlichem Abstand statt.

Alljährlich lädt die Stadt Hann. Münden im Vorfeld des 1. Mai und in Absprache mit dem Ortsverband zu einem Arbeitnehmergehörigkeit mit der Stadtspitze (u. a. Bürgermeister) ein. Dazu werden Betriebs- und Personalräte im Bereich Hann. Münden eingeladen. Die Gesprächsthemen werden vom Ortsverband vorgeschlagen.

Zu den Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen wurden Informationsveranstaltungen abgehalten und mit Informationsständen in der Fußgängerzone über die Forderungen der Gewerkschaften informiert.

Der Ortsverband beteiligte sich an der örtlichen Agenda-Ausstellung in Zusammenarbeit mit dem Arbeitergeschichtsverein.

Im Zuge der Gesundheitsreform informierte der DGB-Ortsverband die Mündener Bürger mit einem Infostand in der Fußgängerzone.

In der Vortragsveranstaltung "Gewerkschaften nach dem 2. Weltkrieg: Handlungsmöglichkeiten und Alltagserfahrung" beschrieb der Historiker Marc Czichy die Jahre des gewerkschaftlichen Wiederaufbaus nach 1945 in Hann. Münden.

Die Hartz-Gesetze und ihre Auswirkungen auf Beschäftigte und Arbeitslose waren Thema bei mehreren öffentlichen Veranstaltungen.

Mit Beteiligung örtlicher Vereine und Verbände gestaltet der Ortsverband die Kundgebung zum 1. Mai und das Maifest.

DGB-Ortsverband Herzberg-Osterode

Werner Urban (ver.di) ist Vorsitzender des Ortsverbandes Herzberg-Osterode, nachdem sich die Mitglieder der ehemals eigenständigen Ortsverbände Herzberg und Osterode im Dezember 2002 zu einem gemeinsamen Ortsverband zusammengeschlossen haben. Im Ortsverband sind alle Gewerkschaften vertreten. Sitzungen finden sechsmal im Jahr mit etwa 10 Personen statt.

In Bildungsveranstaltungen (Abendveranstaltungen) wurden u.a. diese Themen aufgegriffen:

- Zukunft Niedersachsen (Landtagswahlveranstaltung)
- Das "Hartz-Konzept" und seine Auswirkungen
- Chancen und Risiken der Wirtschaftslandschaft Südharz
- Agenda 2010 – alles nichts, oder?
- Alg II und die Auswirkungen für Betroffene

Besonderen Raum in der Ortsverbandsarbeit nahm das vom DGB-Bundesvorstand geförderte Aktivierungsprojekt: "Handeln nicht wegducken" ein. Ziel war es, Kontakte zu örtlichen Institutionen und Mandatsträgern zu verbessern und damit die Einbindung des Ortsverbandes an Entscheidungen zu ermöglichen.

Hierzu haben folgende Veranstaltungen stattgefunden:

- Auswirkungen der Gesundheitsreform und ihre Auswirkung auf Arbeitnehmerhaushalte
- Arbeitsmarktakteure und Arbeitsamt
- Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern

Die gut besuchte Veranstaltungsreihe wurde nach Beendigung des Projektes abgebrochen und soll in unregelmäßigen Abständen fortgesetzt werden.

Maikundgebung und -fest in Osterode: Hier ist es gelungen mit wechselnden Veranstaltungsformen eine gleichbleibend hohe Zahl von Teilnehmern zu begeistern.

DGB-Ortsverband Katlenburg-Lindau-Suterode

Horst Langenthal (ver.di) ist Vorsitzender des Ortsverbandes Katlenburg-Lindau-Suterode. Jedes Frühjahr wurde zur Mitgliederversammlung eingeladen. Vorstandssitzungen fanden bei Bedarf statt.

Pro Jahr fanden vier bis fünf abendliche Bildungsveranstaltungen zu unterschiedlichen gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Themen mit durchschnittlich 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt.

Sporadisch wurden Mehrtages- und Tagesfahrten, Betriebsbesichtigungen und Exkursionen angeboten.

DGB-Ortsverband Langelsheim

Heinz Henze (ver.di) ist Vorsitzender des DGB-Ortsverbandes Langelsheim, er wird tatkräftig von seinem Stellvertreter Peter Klein (IG BCE) unterstützt.

Drei Schwerpunkte prägen die Arbeit des DGB-Ortsverbandes Langelsheim:

Die Winterbildungsarbeit wird zu einem jährlich wechselnden aktuellen Thema durchgeführt. Hier werden an fünf Abenden, an denen jeweils 20 bis 25 Kolleginnen und Kollegen teilnehmen, Schwerpunktthemen aufgearbeitet, wie z. B. "Kampf gegen den Terrorismus", Internationale Finanzmärkte und Arbeitnehmerinteressen" oder "Die Arbeit des Deutschen Bundestages".

Im Vorfeld zur Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahl werden Diskussionen bzw. Befragungen mit den KandidatInnen durchgeführt.

Auch während der Wahlperiode werden Politikerinnen und Politiker zu Veranstaltungen nach Langelsheim eingeladen, um über ihre Arbeit in Berlin oder Hannover zu berichten oder sie mit ihren Aussagen vor der Wahl zu konfrontieren.

Die jährlichen Maiveranstaltungen besuchen 250 - 300 Teilnehmer. Im Anschluss an die Kundgebung lädt die Ortsgruppe der IG BCE zu einem Familienfest mit Informationen und Unterhaltung ein.

DGB-Ortsverband Liebenburg

Vorsitzende des DGB-Ortsverbandes Liebenburg ist Ursula Bittner (IG BCE)

Im Vorstand sind Kolleginnen und Kollegen der IG BAU, IG BCE, und IGM vertreten.

Veranstaltungen, Aktionen und Themen:

- Diskussionsrunde im Vorfeld der Bundestagswahl 2002 unter dem Motto "Talk & Jazz & Politik" mit den Kandidaten von SPD, CDU, FDP, GRÜNEN und PDS
- Informations- und Diskussionsveranstaltungen u. a. zur geplanten Schulreform in Niedersachsen, zur Gesundheitsreform, zum Thema Rente sowie zur Frage "Was tut sich in der Gemeinde Liebenburg?" und zu den Auswirkungen der Hartz-Gesetze.
- Computerkurs für Anfänger
- Beteiligung an Aktionen auf Kreisebene und an überregionalen Demonstrationen und Kundgebungen
- Im Rahmen der Kampagne zur Gesundheitsreform Aktion vor dem REWE-Markt in Othfresen mit Unterstützung des Aktionsbusses des DGB-Bezirks
- Die Bildungsarbeit des Ortsverbandes wird in enger Zusammenarbeit mit der Ortsgruppe der IG BCE durchgeführt. Jährlicher Höhepunkt ist ein Wochenendseminar auf einer Nordseeinsel zu aktuellen gesellschaftspolitischen Themen
- Maiveranstaltung auch in Liebenburg: Erstmals nach über 40 Jahren fand in Zusammenarbeit mit der SPD 2002 in Liebenburg wieder eine Maiveranstaltung mit Familienfest statt

DGB-Ortsverband Northeim-Moringen

Erika Goebel (ver.di) ist Vorsitzende des DGB-Ortsverbandes Northeim-Moringen. Vorstandssitzungen finden monatlich statt. Im Durchschnitt nehmen ca. 12 Kolleginnen und Kollegen daran teil. Bei Bedarf werden die Vorstandssitzungen erweitert, um sich durch Vorträge über aktuelle politische Themen kundig zu machen.

Hohe Besucherzahlen hatten die Podiumsdiskussionen "Northeim – Einkaufsstadt mit Zukunft?!" und zur Landtagswahl mit den Kandidaten sowie ein Gespräch der Betriebs- und Personalräte mit Bürgermeister Rabe. Andere Info-Veranstaltungen mit aktuellen politischen Inhalten wurden nicht so gut angenommen.

Erfolgreich läuft eine Veranstaltungsreihe "Bildungsnotstand und Alternativen", die auch vom DGB-Bundesvorstand als Projekt anerkannt wurde. Auch wenn das Projekt beendet ist, so werden in lockerer Folge weiterhin Veranstaltungen mit dem Oberthema "Bildung" angeboten. Den Einladungen – gemeinsam mit der GEW - folgten auch gewerkschaftsferne Besucherinnen und Besucher.

Ebenfalls als Projekt wurde im Jahr 2004 die Veranstaltungsreihe "Gegen das Vergessen – Zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus" vom Bundesvorstand anerkannt. Dreimal lief diese Veranstaltungsreihe bereits im Zeitraum vom 09. November (Jahrestag des Pogroms gegen die jüdische Bevölkerung) bis 27. Januar (Jahrestag

der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz) erfolgreich. Pro "Saison" werden ca. 8 bis 10 Veranstaltungen (Zeitzeugenberichte, Führungen durch die KZ-Gedenkstätte Moringen, Lesungen, Konzerte, Erinnerungsarbeit an Orten nationalsozialistischer Verfolgung) angeboten. Bündnispartner sind die KZ-Gedenkstätte Moringen und der Superintendent des Kirchenkreises Leine-Solling.

Aus der Veranstaltungsreihe "Gegen das Vergessen" heraus hat sich ein neuer Arbeitskreis "Für das Bleiben" gebildet. In einer eigenen Veranstaltungsreihe wurde über die Situation "Geduldeter" in der Region informiert. Die unhaltbare Lebenssituation der von Abschiebung bedrohten Menschen sowie die Sorgen und Ängste der Flüchtlinge sollten der Öffentlichkeit durch die Veranstaltungen nahe gebracht werden. Bündnispartner sind die Initiative Bleiberecht Göttingen-Northeim, amnesty international Northeim-Einbeck, das Diakonische Werk Leine-Solling und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

Der 1. Mai findet mit Rahmenprogramm, Info-Ständen und Aktivitäten von Gewerkschaften, Institutionen und Verbänden als Freiluftveranstaltung auf dem Marktplatz in Northeim statt. Mit ca. 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnte die Zahl konstant gehalten werden. Das traditionelle Hallenfußballturnier um den Mai-Pokal findet jährlich am 1. Mai nachmittags in der Sporthalle am Schuhwall statt. Durchschnittlich nehmen 10 Betriebsmannschaften am Turnier teil. Zum DGB-Seniorenfrühstück am 2. Mai kommen ca. 100 Seniorinnen und Senioren.

DGB-Ortsverband Samtgemeinde Oberharz

Elke Rothhämel-Dietz (ver.di) ist Vorsitzende des Ortsverbandes SG Oberharz. Im Vorstand sind die Gewerkschaften ver.di, GEW und IG BAU vertreten. Alle vier Wochen, außer in den Ferien, finden Vorstandssitzungen statt. Ergänzend findet einmal jährlich die Mitgliederversammlung mit einem Themenschwerpunkt statt.

Die Themen der vergangenen Jahre waren:

- Eine Bilanz – Ein Jahr Verwaltung in der Samtgemeinde Oberharz
- Die soziale Schieflage der Agenda 2010
- Auswirkungen des Alg II und der Haushalt der Samtgemeinde

In den Bildungsveranstaltungen wurden folgende Themen behandelt:

- Die Globalisierung und ihre Folgen
- Nationalpark Harz – Bedeutung und Zukunft
- Stadtwerke Clausthal-Zellerfeld GmbH – Kommunalen Eigenbetrieb oder was?
- Bürgerkraftwerk – Umweltfreundliche Energie auf lokaler Ebene
- Technologiepark Tannenhöhe – ein attraktiver Standort?

In den Veranstaltungen zum 1. Mai, die in Form eines politischen Frühschoppens stattfinden, werden Themen mit örtlichem Bezug aufgegriffen. Dieses Veranstaltungskonzept sichert jährlich eine gute Beteiligung.

Mit Infoständen, Flugblattaktionen, Presseerklärungen, Statements und persönlichen Gesprächen, hat sich der Ortsverband u. a. bei folgenden Themen eingemischt:

- Abschiebung der Familie Palloshi
- Initiierung und Mitarbeit an der Studie "Zukunftsenergie Oberharz"
- Mahnwache zum Frieden
- Hochschulaktion in der TU zur Mittelkürzung
- Info-Stand zur Unterschriftensammlung zum Arbeitnehmerbegehren

Einen breiten Raum in der Ortsverbandsarbeit nahm das vom DGB-Bundesvorstand geförderte Projekt "Tourismusförderung Oberharz" ein. Ziel der Projektarbeit war es eine Akzeptanz des Ortsverbandes als kompetenter Partner in Tourismusfragen durch die örtlichen Tourismusakteure zu erreichen.

In mehreren öffentlichen Veranstaltungen präsentierte sich der Ortsverband als Moderator, Motor und Ideenschmiede für eine neue "Touristische Zukunft" im Oberharz.

DGB-Ortsverband Seesen

Guntram Wiege (ver.di) ist Vorsitzender des Ortsverbandes Seesen. Klaus Lange (IG Metall) ist als Arbeitskreisleiter für die Bildungsarbeit im Ortsverband tätig.

Im Ortsverband sind die Gewerkschaften ver.di, IG Metall, IG BCE, IG BAU und NGG vertreten.

Alle sechs Wochen treffen sich die Kolleginnen und Kollegen mit etwa 12 Personen zur Sitzung.

Zum Erhalt bzw. Ausbau der Teilnehmerstruktur aus dem Gewerkschaftsbereich sowie zur Einbindung von Bündnispartnern findet jährlich ein Grillfest statt.

Die Kundgebungen zum 1. Mai finden, seit dem Umbau des Bürgerhauses, nunmehr in der Aula der Jahnschule statt.

In den Bildungsveranstaltungen der Winterhalbjahre wurden behandelt:

- Podiumsdiskussion zur Landtagswahl, "Politik der leeren Kassen oder....?"
- Die Gesundheitsreform – Was bedeutet das für die Versicherten?
- Arbeitsmarktsituation in Seesen und Anwendung der Hartz-Gesetze
- Aus dem Kürzungskatalog der Rentenversicherung
- Reif für die Ausbildung – Situation des örtlichen Ausbildungsmarktes

Diese öffentlichen Veranstaltungen waren stets gut besucht.

Mit Stellungnahmen und einer guten örtlichen Presseberichterstattung nimmt der Ortsverband am kommunalen Geschehen Anteil.

DGB-Ortsverband Uslar-Bodenfelde

Rainer Braun ist der Vorsitzende des DGB-Ortsverbands Uslar – Bodenfelde. Jährlich fanden ca. drei Vorstandssitzungen statt.

In der Regel wurden pro Jahr vier Bildungsveranstaltungen am Samstag Vormittag angeboten. Die Themen umfassen Lokal-, Landes- und Bundespolitik, örtliche Probleme und Alltagsgeschichte im Umkreis von Uslar. Es nahmen im Durchschnitt etwa 15 Kolleginnen und Kollegen an den Veranstaltungen teil.

Eine gemeinsame Abendveranstaltung mit der Gewerkschaft ver.di zu "Hartz IV und Alg II" war sehr gut besucht. Dasselbe gilt für eine Informationsveranstaltung zur Schulreform.

Die jährliche Maikundgebung auf dem Rathausvorplatz wird von ca. 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht. Das Aufstellen des Maibaums durch die Feuerwehr Uslar ist mit dem Ablauf der Maikundgebung abgestimmt.

Agenda 2010 / Arbeitsmarktpolitik

Hartz-Kommission / Hartz-Gesetze / Agenda 2010

Die Reformanstrengungen der Bundesregierung haben die Arbeit der DGB-Region in den letzten Jahren permanent begleitet und z. T. geprägt. Schon der Bericht der Hartz-Kommission war der Inhalt einer ganzen Veranstaltungsserie, die in nahezu allen DGB-Ortsverbänden zum Tragen kam. Ebenso wurde in einzelnen Veranstaltungen zu den realen Gesetzesänderungen der Sachstand referiert und die Diskussion mit den Kolleginnen und Kollegen geführt.

Spätestens mit der Verkündung der Agenda 2010 durch die Bundesregierung lösten diese Informationen nur noch Verärgerung und Verbitterung aus – soweit die Betroffenen aufgrund der ständigen Reformrethorik nicht eh schon "auf Durchzug" geschaltet hatten.

Die gewerkschaftlichen Proteste gegen die Agenda 2010 in ihrer Gesamtheit blieben bundesweit eher verhalten, auch regional waren die Diskussionen eher von Apathie denn dem Willen zum Protest geprägt.

Proteste gegen Agenda 2010 und Hartz IV

Bezeichnend für diese indifferente Haltung in der Mitgliedschaft (und weit darüber hinaus) waren die wenig erfolgreichen Protestkundgebungen von ver.di und IG Metall gegen die Gesundheitsreform mit ihrem ganzen Paket an neuen Zumutungen für die Versicherten (einschl. der Entlastung der Arbeitgeber beim Zahnersatz und beim Krankengeld). Auch die örtlichen Veranstaltungen des DGB zur Gesundheitsreform stießen durchaus auf Interesse, nicht aber auf massenhafte Betroffenheit und Widerspruch.

Fortgesetzt hat sich diese schwierige Gemengelage bei den gewerkschaftlichen Protesten gegen das Gesamtpaket der Agenda 2010: Die zentralen Kundgebungen des DGB waren überwiegend mäßig besucht. Erst mit der Demonstration am 01.11.2003 mit für alle überraschenden 100.000 TeilnehmerInnen in Berlin schien das Eis gebrochen. Initiatoren damals waren diverse Basisbewegungen, denen sich unterschiedliche gewerkschaftliche Gliederungen angeschlossen haben.

Die Großkundgebungen des DGB und vieler Partner am 03.04.2004 waren sicherlich der Höhepunkt der gewerkschaftlichen Proteste gegen die Agenda 2010 und insbesondere gegen Hartz IV: Über 500.000 Menschen in Berlin, Stuttgart und Köln! Ein richtiger Schub schon in der Mobilisierung in der DGB-Region war festzustellen und es kam zu einem enormen Kraftakt an dem alle mitgeholfen haben. Und dann die Enttäuschung: Rot und grün versprechen die Befürchtungen ernst zu nehmen und kündigen an, so weiterzumachen, wie geplant.

Die Montagsdemonstrationen

Erst als es dann richtig ernst wurde mit Hartz IV und Alg II, d. h., als die Anträge an die Betroffenen versandt wurden, gab es neue Proteste. Insbesondere in den neuen Bundesländern wurden die Montagsdemonstrationen in kürzester Zeit zum massenhaften Ventil für Wut und Unzufriedenheit über jahrelange Arbeitslosigkeit und die schleichende Verschlechterung der Lebensbedingungen. Wobei vieles, was sich da spontan und von der Basis her organisierte, auch Gedankengut artikulierte – sehr rechtes nämlich -, das man auf Gewerkschaftsveranstaltungen besser unterlässt.

In den alten Bundesländern wurden die Montagsdemonstrationen aufgegriffen und versucht, den Protest gegen Hartz IV so zu bündeln. Auch in Göttingen und in Goslar kam es zu Montagsdemonstrationen, in Göttingen werden sie in reduzierter Form bis heute durchgeführt.

Dennoch gelang es zu keinem Zeitpunkt, eine Dynamik in Gang zu setzen, wie es im Osten der Fall war: Weder die Betroffenen selber noch die Beschäftigten aus Betrieben und Verwaltungen haben das Aktionsangebot aktiv aufgenommen, sodass auch der DGB sich in Südniedersachsen und im Harz bald aus den Protesten zurückgezogen hat.

Arbeitsämter / Agenturen für Arbeit

In der DGB-Region liegen zwei Arbeitsämter (Göttingen und Goslar) bzw. Agenturen für Arbeit, wie sie seit einem guten Jahr heißen. Der DGB benennt in beiden Ämtern die Mitglieder der Arbeitnehmergruppe im Verwaltungsausschuss (als einer von drei Gruppen in der Selbstverwaltung, die beiden anderen sind die

Arbeitgeber und die öffentliche Hand). Bis zum Frühjahr 2004 hatten diese Gremien die Aufgabe, über die Aufteilung des Eingliederungstitels nach unterschiedlichen Instrumenten (ABM, Weiterbildung etc.) zu entscheiden. Im Rahmen der "Reform" der Bundesagentur wurden ihnen diese Rechte weitgehend entzogen und sie auf eine – auch zahlenmäßig reduzierte – Controlling-Instanz reduziert. Praktische Erfahrungen mit der neuen Funktion fehlen noch, da seit dem 01.01.2005 der gesamte Bereich der bisherigen Arbeitslosenhilfe nicht mehr von der Bundesagentur, sondern von optierenden Kommunen bzw. ARGEs (Arbeitsgemeinschaften) bearbeitet wird.

Hartz IV und die Folgen

Nicht nur für die Agenturen für Arbeit hat die Umsetzung der Hartz IV-Gesetzgebung gravierende Folgen. Schon die organisatorische Umsetzung war ein Kraftakt: Nicht nur hunderttausende von Anträgen zu verschicken, sie wieder einzusammeln, in Computer einzugeben, Leistungsbescheide erstellen und versenden... Dazu kam zeitgleich der Umbau der Bundesagentur und der Sozialämter zu Arbeitsgemeinschaften (ARGE) oder als optierende Kommune.

Landkreis Goslar: Eine ARGE aus Bundesagentur und Landkreis ist gebildet. Ein kleiner Beirat mit gewerkschaftlicher Beteiligung ist vorgesehen.

Landkreis Osterode: Der Landkreis Osterode hat sich für das "Ziehen der kommunalen Option" entschieden, d. h., alle Tätigkeiten für und mit Alg II-EmpfängerInnen liegen in der Hand des Landkreises. Ein Beirat dazu mit gewerkschaftlicher Beteiligung ist vorgesehen.

Landkreis Northeim: Eine ARGE aus Bundesagentur und Landkreis ist gebildet. Ein Beirat ist bisher nicht vorgesehen.

Landkreis Göttingen: Der Landkreis Göttingen hat sich für das "Ziehen der kommunalen Option" entschieden. Ein Beirat dazu mit gewerkschaftlicher Beteiligung ist vorgesehen.

Also ein Flickenteppich arbeitsmarktpolitischer Experimentierfelder in Südniedersachsen und im Harz mit noch völlig unklaren Folgen für die Arbeitslosen.

Hartz IV hat den DGB in den letzten Monaten in vielfältigster Weise beschäftigt und besondere Anforderungen an die Arbeit der Büros und der Beschäftigten gestellt:

- Multiplikatorenveranstaltungen zur Beratung beim Ausfüllen der Anträge (vier Stück mit insgesamt an die 100 TeilnehmerInnen) in Göttingen und Goslar
- Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu den Anträgen (Presse, Broschüren, Internet)
- Beratungsstellen zum Ausfüllen des Antrags - in Kooperation mit Arbeit und Leben - in Göttingen und in Northeim (kurzzeitig befristet im Herbst 2004)
- Foliensatz der DGB-Region zur Information über Hartz IV
- ca. 15 Informationsveranstaltungen des DGB u.a. durch die Ortsverbände, bei Kirchengemeinden, Volkshochschulen etc.

Regional- und Strukturpolitik

Die gesamte Region Südniedersachsen-Harz ist von deutlichen Strukturschwächen geprägt: Gewerbliche Arbeitsplätze vorwiegend in sog. altindustriellen Bereichen, die am heftigsten mit strukturellen und konjunkturellen Krisen zu kämpfen haben, prägen die Situation:

- große Verluste an industriellen Arbeitsplätzen
- Entwicklungsschwächen in Dienstleistungsberufen
- unterentwickelte industrielle, innovative Kerne
- Abwanderung und Überalterung (negative demografische Entwicklung)
- Überschuldung der Kommunen.

Ergänzt wird diese eher düstere Landschaft durch ungebrochene Probleme, die sich aus der früheren Zonenrandlage ergeben und die Situation verschärfen:

- Pendlerbewegungen aus Thüringen und Sachsen-Anhalt in beachtlicher Größenordnung
- Unterbietungswettbewerb im Bereich der Landesgrenzen (u.a. durch Lohngefälle)

- Fördergefälle zwischen Ost- und Westländern

Ein Gutachten des Institutes für Regionalforschung Göttingen im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung aus dem Jahre 2003 ("Süd-niedersachsen: Kompetenzregion oder Problemregion?") hat diese Situation nachdrücklich für den Bereich Südniedersachsen (die Landkreise Göttingen, Northeim und Osterode) beschrieben.

Landkreis Goslar

Regional- und Strukturpolitik findet im Landkreis Goslar auf sehr unterschiedlichen Ebenen statt: Da ist das regionale Projekt WIR, da ist die Einbindung in den Regionalverband Südostniedersachsen und da ist die Beteiligung des Landkreises an der regionalen Wachstumsinitiative Projekt Region Braunschweig. Alle Initiativen und Projekte im Landkreis sind geprägt durch die Randlage des Kreises in Südostniedersachsen. Das Oberzentrum Braunschweig mit seiner gewichtigen industriellen Struktur und seinem Dienstleistungssektor bestimmt die Wahrnehmung, das Oberzentrum Göttingen im Süden spielt dagegen für den Landkreis Goslar wirtschaftlich nur eine unwesentliche Rolle.

WIR für Goslar

Dank einer auf drei Jahre befristeten Finanzierung konnten im Landkreis Goslar die Voraussetzungen zur Schaffung eines Regionalentwicklungs- und Regionalmarketinginstrumentes geschaffen werden: Der Verein WIR (für die Region Goslar). Getragen von Unternehmen und Organisationen, ausgestattet mit einer zweiköpfig besetzten Geschäftsstelle, soll WIR die regionale Zusammenarbeit befördern, neue und innovative Projekte entwickeln und zur Umsetzung bringen und so einen Beitrag zu einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung leisten.

Gewerkschaftsseitig sind die IG Metall Osterode-Goslar und die DGB-Region dem Verein beigetreten, die IG Metall sitzt auch im Vorstand. Die Menge positiver Impulse durch WIR ist begrenzt und auch nur schwer messbar: Eine Reihe von Workshops und Veranstaltungen haben regionale Ressourcen und Anknüpfungspunkte für weitere Projekte aufgezeigt, eine real arbeitsmarktliche Relevanz kann allerdings nicht beschrieben werden. Interventionen und Anforderungen aus den Gewerkschaften bzw. dem DGB haben für die Arbeit von WIR bisher keine Rolle gespielt.

Das Projekt Braunschweig

Als regionale Wachstumsinitiative, maßgeblich vorangetrieben durch ein Team ehemaliger McKinsey-Berater, erfasst das Projekt Region Braunschweig auch den Landkreis Goslar (der mit 50.000 Euro an der Finanzierung beteiligt ist). Mit einer sehr schnellen und druckvollen Stärken- und Schwächenanalyse sollen die entwicklungsfähigen Potenziale der Region definiert werden, um dann im zweiten Schritt einzelne Wachstumsprojekte zu entwickeln und in die Umsetzung zu bringen. Dadurch werden sich Zuwächse an Wirtschaftskraft und Arbeitsplätzen in nennenswertem Umfang versprochen. Maßgeblicher Anstoßgeber dieser Entwicklung ist die IG Metall in Braunschweig. Die Einbindung der Goslarer Wirtschaft in das Projekt war von Beginn an gering, die Unternehmen ignorierten die Entwicklung weitestgehend. Erst nachdem in einem ersten Zwischenbericht in 2004 deutlich wurde, dass für den Landkreis keinerlei Potentiale und Projekte definiert werden sollten, kommt Bewegung in die Betriebe der chemischen Industrie. Aktuell wird versucht, ein "Chemie-Cluster" (eine Ansammlung von Unternehmen aus denselben oder ähnlichen Bereichen) zu beschreiben.

Das gewerkschaftliche Interesse an diesen Entwicklungen hält sich in Grenzen. Der DGB hat in 2004 zwei Veranstaltungen zum Thema durchgeführt, die durchaus von Interesse und intensiven Diskussionen geprägt waren. Die relevante Zielgruppe der Betriebsräte war dabei aber nahezu nicht vertreten. Generell spiegelt das Projekt Region Braunschweig die alten Probleme von Zentrum und Peripherie. Das betrifft nicht nur die Politik und die Wirtschaft, auch die Gewerkschaften kämpfen damit: In Braunschweig ist das fachliche Know-how versammelt, dort gibt es am ehesten finanzielle und personelle Ressourcen. Die umliegenden Landkreise können da kaum mithalten.

Landkreis Osterode – MEKOM

Auf derselben Förderbasis wie auch WIR wurde im Landkreis Osterode – ebenfalls für drei Jahre zuschussfinanziert – das Projekt und der Verein MEKOM (für Mechatronikkompetenz) gegründet. Ausgangslage war ein regional definiertes Cluster "Mechatronik" mit einigen betrieblichen Kompetenzen in diesem Bereich, die durch schulische Anstrengungen (Ausbau der Osteroder BBS II) ergänzt wurden. Der Verein MEKOM, der ausschließlich von Firmen getragen wird, soll in diesem Cluster Kooperationen befördern und insgesamt den Firmen der Region zurarbeiten.

Dies geschieht durch Veranstaltungen, Workshops, Seminare, Beratungen etc. Wie auch bei WIR lässt sich feststellen, wie schwer eine auch nur punktuelle Zusammenarbeit von Unternehmen in einer Region ist. Auch bei MEKOM ist der Fortbestand des Projektes nach Auslaufen der Förderung offen.

Seitens der IG Metall und des DGB gab es Initiativen, als Gewerkschaften an der Arbeit von MEKOM beteiligt zu sein, eine derartige Beteiligung wurde allerdings von den Akteuren – insbesondere aus der Wirtschaft – abgelehnt.

Gewerkschaftliche Positionierung: Alternativen für den Harz

Resultierend aus der schwierigen wirtschaftlichen Lage der Harz-Region haben die Gewerkschaften in den Jahren 2003 und 2004 Anstrengungen für eine eigene inhaltliche Positionierung unternommen.

Als Folge und Ergebnis mehrerer Treffen wurde letztlich vom DGB-Regionsvorsitzenden ein Papier formuliert, das die gewerkschaftlichen Anforderungen an eine wirtschafts- und beschäftigungssichernde Politik und an Wirtschaftsförderung für den Harz beschrieb. So wurden Anforderungen an die Kommunen, die Landesregierung und an die heimische Wirtschaft formuliert.

Dieses mehrseitige Papier harrt aktuell einer weiteren Bearbeitung und Verwendung. So wären als nächster Schritt mit Veranstaltungen die Inhalte in die Öffentlichkeit zu tragen und zur Diskussion zu stellen.

Regionalverband Südniedersachsen

Der Regionalverband ist der Netzwerkknoten um den sich alle relevanten strukturpolitischen Diskussionen drehen. Die Basis des Verbandes bilden als Mitglieder die Kommunen, die über ihre jährlichen Beiträge auch die Finanzierung der Geschäftsstelle, des Geschäftsführers und einer Verwaltungskraft möglich machen. Alle weiteren personellen und finanziellen Mittel muss der Regionalverband bis heute auf der Basis von drittfinanzierten Projekten durchführen.

Der DGB ist seit seiner Gründung Mitglied im Regionalverband, seit 2004 als Ergebnis einer Strukturveränderung auch Mitglied im Vorstand. Der enge Kontakt zu dieser Institution hat zu mehreren gemeinsamen Veranstaltungen geführt. Der DGB und seine arbeitsmarktpolitischen Anforderungen und Vorstellungen sind u.a. Dank der Mitarbeit im Regionalverband aus der struktur- und regionalpolitischen Diskussion in Südniedersachsen – trotz mancher Schritte rückwärts – nicht wegzudenken. Im einzelnen:

Das regionale Einzelhandelskonzept

U. a. auf Druck der Gewerkschaften (damals noch insbesondere der HBV und des DGB) wurde 1999 im Regionalen Entwicklungskonzept für den Bereich Göttingen-Northeim das Ziel eines regionalen Einzelhandelskonzeptes vereinbart. Angestrebt war dabei gewerkschaftsseitig ein Konsultationsmechanismus, der bei Einzelhandelsansiedlungen zur Aufhebung der kommunalen Konkurrenz eingesetzt werden sollte. Hintergrund für dieses Anliegen waren (und sind) die großen Ladenleerstände in den Innenstädten, die Ansiedlung immer neuer Filialisten und Discounter auf der "grünen Wiese" und die zunehmende Einzelhandelsfläche je Bewohner bei gleichzeitig sinkender Kaufkraft.

Dank der Finanzierung durch das Land konnte ein entsprechendes Projekt in Angriff genommen werden. Erster Schritt war eine umfangreiche Bestandsaufnahme in den Bereichen Northeim, Göttingen und Osterode. Erfasst wurden alle Einzelhandelsbereiche in der Region, einschließlich der Beschreibung von Unter- und Überversorgung und Zentralität – detailliert bis auf einzelne Gemeinden und Stadtteile heruntergebrochen.

Auf dieser Grundlage wurde ein Verfahren für die Praxis vereinbart, in dem einzelne Schritte der wechselseitigen Unterrichtung und Anhörung bei Ansiedlungsvorhaben vorgesehen sind. Diesem Verfahren müssen die Gemeinden zustimmen, wenn sie am Prozess beteiligt sein wollen. Bedauerlicherweise hat eine beachtliche Anzahl an Kommunen die Sinnhaftigkeit und den Nutzen eines abgestimmten Vorgehens bei der Einzelhandelsansiedlung nicht erkannt und eine ablehnende Beschlussfassung herbeigeführt. Das Verfahren ist aber weiterhin für interessierte Kommunen offen.

Nach anfänglichen Widerständen war der DGB am Einzelhandelskonzept aktiv beteiligt und auch in der Lenkungsgruppe durch ver.di vertreten. Das gewerkschaftliche Anliegen in diesem Kontext: Neben einer Verhinderung weiterer Verdrängungskonkurrenz und dem Erhalt einer qualifizierten Einzelhandelsstruktur in den Innenstädten soll der Blick auf die Arbeitsbedingungen bei ansiedlungswilligen Unternehmen (Qualifikation der Arbeitsplätze, Ausbildung, Anteil Teilzeitarbeit und Minijobs etc.) geworfen werden.

Regionalmarketing

Der Regionalmarketingprozess (schwerpunktmäßig im Jahr 2003) war einer der vielen Versuche, die Region Südniedersachsen auf der Basis eines gemeinsamen wirtschaftspolitischen Verständnisses voranzubringen. Über die Auswertung wirtschaftlicher Strukturdaten, die Befragung "relevanter" Unternehmen und die Durchführung geeigneter Workshops sollten die Stärken und Alleinstellungsmerkmale der Region erfasst werden. In einem weiteren Schritt sollten dann Maßnahmen für ein verbessertes Regionalmarketing bezogen auf die definierten

Cluster auf den Weg gebracht werden.

Die Analyse gab – nach langen und schweren Debatten - letztlich folgende vier technologische Schwerpunkte: Mechatronik, Mess- und Regeltechnik, Optoelektronik, BioMedTech. Außerdem wurde die Notwendigkeit einer ganzen Reihe von Schritten deutlich, um zu einem verbesserten Regionalmarketing – nach innen wie nach außen – zu kommen.

Wie häufiger in Südniedersachsen war das Regionalmarketing mit Abschluss der fremdfinanzierten Evaluierungsphase (durch die beauftragte Firma ExperConsult) weitgehend beendet, bzw. es wurde versucht, die Umsetzung in weitere ebenfalls fremdfinanzierte Projekte zu transferieren. Der eigentliche qualitative Sprung – nämlich die Verständigung über ein gemeinsames Regionalmarketing für Südniedersachsen durch die Kommunen – wurde nicht vollbracht.

Der DGB war in der zweiten Phase des Projektes in die Lenkungsgruppe eingebunden. Gewerkschaftlich wurde die Konzentration auf technologische Schwerpunkte mitgetragen, außerdem wurden mehr Praxis und mehr konkrete Umsetzungsschritte eingefordert.

Wachstumsinitiative / regionale Koordinierung

Seit 2004 ist das Modell regionaler Wachstumsinitiativen (wie bereits in Wolfsburg, Braunschweig, Weserbergland und Hannover praktiziert) auch in Südniedersachsen angekommen. Eine frühere Intervention des DGB-Regionsvorsitzenden in diese Richtung gegenüber dem geschäftsführenden Vorstand des Regionalverbandes blieb folgenlos, zum Teil auch einfach unverstanden.

Dank einer Landesfinanzierung befindet die Region sich dabei jetzt kurz vor der Startphase. Aus gewerkschaftlicher Sicht ist das Vorgehen sehr konfliktträchtig: Als wirtschaftlicher Akteur spielt die im Jahre 2004 gegründete Südniedersachsenstiftung (eine Wirtschaftsstiftung mit starken, konservativen Flankenschutz) eine große Rolle. Und diese verweigert dem DGB bisher eine Mitarbeit in der Lenkungsgruppe – obwohl der Vorstand des Regionalverbandes dieses einstimmig fordert.

Zeitgleich startet die Landesregierung eine Initiative zur besseren Vernetzung ihrer Ressorts mit Blickrichtung auf Förderinstrumente und Fördermittel für Südniedersachsen. Inwieweit es sich dabei um eine weitere Runde wenig erfreulicher Arbeitstreffen ohne reale Folgen oder tatsächlich um einen Neubeginn handelt, bleibt abzuwarten.

Fazit

Die Vielfalt regionalpolitischer Bemühungen bleibt in Südniedersachsen ungebrochen. Insbesondere der Regionalverband wird von einem Projekt zum nächsten, von einer Analyse zur nächsten getrieben. Die dem Verband nahestehenden Einrichtungen, Institutionen und Organisationen (einschließlich des DGB) beteiligen sich daran mit Skepsis und verhaltenem Optimismus. Das Fehlen einer abgestimmten Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung sowie der Verzicht (aus Unwissenheit und Unkenntnis) auf längst in anderen Teilen der Republik erprobte Formen regionaler Kooperation prägt das Bild. Der Kirchturm bestimmt immer noch den Blickwinkel. Gewerkschaftliche Einflussnahme in den letzten Jahren hat einen Gutteil dazu beigetragen, dass diese Stagnation immer mehr mit Misstrauen beobachtet wird ("die südniedersächsische Krankheit"). Hier kann und muss weiter gestachelt werde – bis sich die regionalen Strukturen den Verhältnissen anpassen, denn das Warten auf die Anpassung der Verhältnisse an die Strukturen Südniedersachsens führt weiter auf die Verliererseite.

Gewerkschaftliches Handeln in dieser wenig übersichtlichen Landschaft ist nach wie vor nicht einfach: Personelle und fachliche Defizite setzen enge Grenzen, eine Vielzahl von Aktivitäten sind in der eigenen Mitgliedschaft kaum vermittelbar und nachweisbare Erfolge eher die Ausnahme. Dagegen steht die Einschätzung, dass ohne regional- und strukturpolitisches Handeln mit einer klaren Orientierung auf wirtschaftliche Entwicklung und auf Arbeitsplätze Südniedersachsen und der Harz noch deutlich schlechter positioniert wären.

Die ursprünglich formulierten gewerkschaftlichen Anforderungen bleiben bestehen:

- Regionale Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung anstelle einer überforderten kommunalen Wirtschaftsförderung
- Schaffung eines Frühwarnsystems zur schnellen Intervention im Falle betrieblicher Krisen
- Aufbau von Beratungs- und Qualifizierungskompetenz in der Region zur Entwicklung betrieblicher Potenziale
- Landesunterstützung zur Entwicklung regionaler Stärken bei Erhalt einer wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur, die den Raum Südniedersachsen-Harz für innovative und zukunftsorientierte Unternehmen und ihre Beschäftigten attraktiv werden lässt

Hochschulpolitik

Das Verständnis der Gewerkschaften für die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Hochschularbeit hat in den letzten Jahren zugenommen. Zwei Beweggründe sind dafür ausschlaggebend: Immer mehr junge Menschen beginnen ihre berufliche Ausbildung mit einem Studium und treten danach in das betriebliche Leben ein und zum anderen wird die strukturpolitische Bedeutung von Hochschulen als regionaler Innovationsmotor, als Ideenschmiede und als Arbeitgeber immer mehr realisiert. Das gilt umso mehr da mit Hochschulen üblicherweise auch Institute, ausgegründete Firmen, regionale Impulse und eine Prägung des gesamten sozialen und gesellschaftlichen Umfeldes verbunden sind.

Im Bereich der DGB-Region gibt es insgesamt vier Hochschulen:

- die TU Clausthal in Clausthal-Zellerfeld (mit knapp 3.000 Studierenden)
- die Universität Göttingen (mit 24.000 Studierenden)
- die Fachhochschule Hildesheim-Holzminde-Göttingen (mit 1.200 Studierenden am Standort Göttingen)
- die private Fachhochschule Göttingen (mit 240 Studierenden)

Die Bestrebungen im Landkreis Goslar für einen FH-Standort sind gescheitert. Eine Rolle mit Bezug auf gewerkschaftliche Studierendenarbeit spielen nur die ersten drei aufgeführten Einrichtungen.

Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften Göttingen

Im Jahr 1999 wurde die Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften in Göttingen gegründet. Beteiligt waren die Universität, die Fachhochschule, der DGB und die Bildungsvereinigung Arbeit und Leben. Im Rahmen der Kooperation wurde eine gemeinsame Finanzierung über Mittel des Landes Niedersachsen, der Universität, der Fachhochschule und der Gewerkschaften verabredet. Eine großzügige Anschubfinanzierung der Hans-Böckler-Stiftung trug ebenfalls zum gelungenen Start bei. Aus diesen Mitteln konnten eine Leiterstelle und eine halbe Verwaltungsstelle finanziert werden.

Arbeitsschwerpunkte in den letzten Jahren waren: Pädagogenfortbildungen mit der GEW, Kongresse zur Entwicklung der Arbeitsgesellschaft zur Wissensgesellschaft, Begleitung und Unterstützung der Innovationsoffensive des DGB-Bundesvorstandes, Aufbau gewerkschaftsnaher Netzwerke im universitären Umfeld, Erforschung von Weiterbildungsbedarfen der Universitätsbeschäftigten, Einwerbung von Drittmitteln, Organisation des EFRE-Projektes iNOVAS (s. u.), Unterstützung gewerkschaftlicher Beratungsarbeit für Studierende.

Ein weiteres Standbein sind Informations- und Beratungsangebote für Studierende. Dazu zählen die Beteiligung an den Erstsemestereinführungen, die Erstellung eines eigenen Veranstaltungsverzeichnisses mit Vorlesungen und Seminaren, die sich mit Arbeit und gewerkschaftsnahen Themen auseinandersetzen, eine Beteiligung an der Praxisbörse der Universität und das Angebot einer Stipendienberatung durch studentische Hilfskräfte.

Alle diese Aktivitäten haben dazu geführt, dass die Kooperationsstelle in den fünf Jahren ihrer Existenz ein fester Bestandteil des Göttinger Hochschullebens geworden ist, der schwer wegzudenken ist.

Umso unverständlicher ist es, dass sich der Erhalt der Einrichtung vor immer neue Schwierigkeiten gestellt sieht: So ist es zurzeit nicht möglich, den langjährigen Leiter, Frank Mußmann, endlich unbefristet einzustellen. Aufgrund schwindender finanzieller Ressourcen musste auf die Verwaltungskraft verzichtet werden und auch der gewerkschaftliche Anteil der Finanzierung ist ein alljährlicher Kraftakt. Das gilt umso mehr, als sich einzelne Gewerkschaften einer angemessenen Mitfinanzierung entziehen und die Lasten dann dem DGB aufgebürdet werden.

iNOVAS (Innovative Arbeitsprozesse in Südniedersachsen)

Mit iNOVAS wurde zwischen 2002 und 2004 das bedeutendste Projekt der Göttinger Kooperationsstelle durchgeführt. Mit beträchtlicher Unterstützung durch die Europäische Union (das Programm EFRE) wurde mit acht ausgewählten Partnerunternehmen aus Südniedersachsen pilothaft eine mitarbeiterorientierte Innovationsentwicklung in KMUs (Kleinen und Mittleren Unternehmen) durchgeführt. Durch Prozessberatung und Anstöße zur Selbsthilfe wurden Veränderungen in der Arbeitsorganisation angestoßen, schlummernde Innovationspotenziale aufgefunden gemacht und – nach Einschätzung der beteiligten Unternehmen – positive Arbeitsplatzauswirkungen erzielt. Eine Fortführung über ein anderes Förderprogramm ist zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht geklärt.

TU Clausthal

Die TU Clausthal ist Partner der Kooperation Gewerkschaften und Hochschulen im Braunschweiger Raum. Konkrete Zusammenarbeit findet dabei insbesondere im Zusammenhang mit der Praktikantenbörse statt, die die Kooperationsstelle organisiert. Ansonsten ist die Tätigkeit an der TU eher auf wenige Einzelprojekte bezogen (wie ein Forum zur kommunalen Energieerzeugung und -versorgung), dazu trägt schon die räumliche Entfernung bei.

Dabei hat sich in Clausthal-Zellerfeld durchaus ein engerer Kontakt zur TU entwickelt: Der DGB-Ortsverband Samtgemeinde Oberharz kooperiert eng mit dem Personalratsvorsitzenden, auch zu dem Präsidenten gibt es Kontakte.

Schwierig ist die regionale Wahrnehmung der TU im Goslarer Raum: Während in der Kreisstadt Goslar insbesondere im Jahr 2004 vehement für einen Fachhochschulstandort in Goslar geworben und gestritten wurde, geriet die TU immer mehr aus dem Blick der Kreispolitiker. Im Ergebnis wird es in Goslar keinen Fachhochschulstandort geben, zeitgleich ist die TU durch das unausgewogene Hochschulsparprogramm der Landesregierung schwer beschädigt worden.

Hochschulproteste und Hochschulgruppen

Sowohl in Göttingen wie auch in Clausthal-Zellerfeld hat es massive Proteste gegen das sogenannte Hochschuloptimierungskonzept (HOK) der Landesregierung gegeben. Grund waren insbesondere die deutlich überproportionalen Streichungen an den beiden Hochschulen. Es gab Unterschriftensammlungen und Kundgebung mit starker studentischer Beteiligung an beiden Orten (und auch in Hannover als zentrale Aktion). Jeweils war der DGB – gemeinsam mit der zuständigen Fachgewerkschaft ver.di - aktiv dabei: In Goslar über den Ortsverband, in Göttingen über das DGB-Büro. Manche Aktivität wäre – insbesondere in Göttingen – ohne die aktive gewerkschaftliche Unterstützung (Beratung, Aktionsideen, technische Unterstützung) nicht denkbar gewesen.

Als schwierig hat sich dabei in Göttingen der Spagat zwischen den diversen hochschulpolitischen Szenen herausgestellt: "Rechter" AStA versus "linke" Fachschaften, radikalere Hochschulgruppen versus vorsichtige und taktierende Universitätsleitung. Nur geduldiges Argumentieren und Werben um Verständnis an verschiedenen Stellen führte letztlich zu einem einigermaßen einheitlichen Handeln. Bedauerlich im Nachhinein ist, dass nach großen Protesten und der Unnachgiebigkeit der Landesregierung es nicht zu einer weiteren Politisierung in der Studierendenschaft, beispielsweise gegen drohende Studiengebühren, gekommen ist.

Als weiteres Defizit hat sich – zumindest bei den Göttinger Protesten – das zögerliche Verhalten des OB und die totale Zurückhaltung der heimischen Wirtschaft herausgestellt.

Fazit

Eine stärkere Fokussierung insbesondere der gewerkschaftlichen Jugendarbeit und in der strukturpolitischen Orientierung auf die Hochschulen, ist allemal begründet und notwendig. Dagegen steht beim DGB neben dem allgemeinen Imageproblem auch das Fehlen ausreichender Ressourcen im personellen Bereich. Dazu kommen ein immer noch weitreichendes Misstrauen und fehlendes Verständnis in breiten Teilen der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft bezogen auf eine stärkere Orientierung auf Hochschulen, auf Studierende und Hochschulbeschäftigte. Dieses ist durch die Kooperationsstellen in Teilen etwas aufgebrochen, aber deutlich mehr Offenheit und Kooperation wären notwendig.

Aktivitäten der DGB-Jugend Südniedersachsen-Harz

Jugendarbeit im gewerkschaftlichen Rahmen ist ein schwieriges Pflaster. Nur in Göttingen gibt es einen Jugendausschuss der IG Metall und einen von ver.di. Jugendarbeit des DGB kann sich schon deswegen nicht auf vorhandene Jugendstrukturen der Gewerkschaften beziehen, sondern muss eigenständig Aktive gewinnen, Aktivitäten planen und nach außen tragen.

Seit Frühjahr 2002 ist für die DGB-Jugend Südniedersachsen-Harz eine Jugendbildungsreferenten-Stelle in Göttingen angesiedelt. Durch einen hauptamtlichen Kollegen, bzw. seit Januar 2004 durch eine Kollegin, gestärkt, konnte sich die gewerkschaftliche Jugendarbeit in der Region vielfältig entwickeln. Einschränkend muss allerdings gesagt werden, dass zwei personelle Wechsel die Kontinuität nicht einfach gemacht haben. Außerdem handelt es sich um eine 2/3-Stelle, die Erwartungshaltungen müssen daher manchmal gebremst werden.

Berufstarterbörsen

Ein erster Schwerpunkt der neu erstarkten Jugendarbeit ist die vermehrte Präsenz der DGB-Jugend auf den Berufsstarterbörsen der Region (z. B. in Goslar, Osterode, Clausthal-Zellerfeld und Göttingen). Dort werden die Schülerinnen und Schüler mit einem Quiz, Infomaterial und kleinen Geschenken auf die DGB-Jugend und ihre Beratungs- und Bildungsangebote aufmerksam gemacht. Auch wenn der direkte "Werbeeffect" naturgemäß bescheiden ist, trägt dieses Auftreten dazu bei, dass die meisten Jugendlichen erstmalig in ihrem Leben einen gewerkschaftlichen Kontakt erfahren. Bei den großen Börsen in Göttingen sind es dabei bis zu 1.000 Schülerinnen und Schüler, die sich an dem Quiz beteiligen.

Außerdem können über diesen Weg Kontakte zu Lehrerinnen und Lehrern geknüpft werden, die dann Vertreter der Jugend, bzw. der Gewerkschaften, beispielsweise zum Thema Gewerkschaften und Mitbestimmung als "ExpertInnen aus der Praxis" in ihre Klassen einladen (so z. B. im November 2004 mit 15 Doppelstunden in Berufsschulklassen der BBS in Einbeck über den Aufbau und die Möglichkeiten gewerkschaftlicher Interessenvertretung).

Projekt "Demokratie und Mitbestimmung"

Die gewerkschaftliche Vorfelddarbeit wird seit Sommer 2003 durch das Projekt "Demokratie und Mitbestimmung" bereichert. Im Rahmen dieses Projektes qualifizieren sich junge GewerkschafterInnen über die DGB-Jugend, um an Berufsschulen Projektstage zum Thema durchzuführen. Während der Projektstage kommen TeamerInnen mit BerufsschülerInnen über Gewerkschaften, Interessenvertretung, Rechte und Pflichten in der Ausbildung ins Gespräch. Auch in Göttingen besteht eine Gruppe ehrenamtlicher TeamerInnen, die diese Projektstage durchführen. Seit Frühjahr 2004 finden regelmäßig Projektstage in Ausbildungswerkstätten und an den Göttinger Berufsschulen statt, so z. B. im Rahmen der "Berufsschultour", die im September 2004 an allen Göttinger Berufsschulen durchgeführt wurde und dort mittels Infoständen, Diskussionsrunden und Projekttagen vielen Schülerinnen und Schüler die Gewerkschaften näher bringen konnte.

Ein weiterer Effekt ist, dass sich durch die Tätigkeit als Teamer oder Teamerin junge aktive KollegInnen für die Gewerkschaftsarbeit gewinnen lassen.

"Her mit dem schönen Leben"

Ein Highlight der Arbeit der DGB-Jugend war 2002 die Mobilisierung der Gewerkschaftsjugend in der Region zum Festival "Her mit dem schönen Leben" in Köln. Junge GewerkschafterInnen aus Göttingen und Umgebung fuhren mit drei Bussen nach Köln, um dort ihren Visionen einer gerechten Gesellschaft Nachdruck zu verleihen. Etwas bedauerlich, dass unter dem schönen Titel mit seiner Suche nach Alternativen und Visionen keine Kontinuität am Thema und in der Form folgte.

DGB-Jugend Göttingen

Seit Herbst 2003 hat sich in Göttingen eine Gruppe von 12 engagierten jungen GewerkschafterInnen zusammengefunden, die sich regelmäßig jeden 2. Montag trifft, um die aktuelle politische Situation zu diskutieren, Positionen der Gewerkschaften auszuloten, Veranstaltungen und Aktionen zu planen sowie sich auf Wochenendseminaren weiterzubilden.

So war die DGB-Jugend z. B. im Jahr 2004 mit Aktionen oder Redebeiträgen bei Aktionstagen gegen Sozialabbau in Göttingen und Berlin dabei, ebenso am 1. Mai und bei den Montagsdemos. Auch bei den Berufsstarterbörsen und während der Berufsschulaktionen im Herbst 2004 war die Gruppe aktiv dabei.

Thematisch beschäftigte sich die DGB-Jugend Göttingen 2004 mit den Themen Sozialabbau, Hartz IV, Ausbildungsplatzmisse, Geschichte der Gewerkschaften, Tarifpolitik und Tarifautonomie sowie Rechtsextremismus. Geplant ist für das Jahr 2005 die Gründung eines Regionsjugendausschusses, um die Gewerkschaftsjugend besser zu vernetzen und die eigenen Positionen in den Gewerkschaftsstrukturen vertreten zu können. In den letzten Jahren hat die DGB-Jugend eng mit den Jugendgremien von IG Metall und ver.di zusammengearbeitet, deren Unterstützung vor allem bei den Berufsschulaktionen und Berufsstarterbörsen unerlässlich war.

Kooperationen

Die DGB-Jugend ist auch in den Strukturen des Stadtjugendringes Göttingen präsent sowie Mitveranstalterin der vom Stadtjugendring getragenen "Goe vote!"-Aktivitäten, die 2002 zur Bundestags- und 2004 zur Europawahl Politik in die Schulen trugen, um so das Gespräch zwischen Jugendlichen und jungen PolitikerInnen der Parteien anzuregen. Beide Veranstaltungsreihen bestanden aus Diskussionsveranstaltungen von "JungpolitikerInnen" auf Podien in allgemeinbildenden Schulen und einer Abschlussveranstaltung mit einer Kombination aus Podiumstark und Rockmusik. Daher auch der Titel "Talk & Rock & Politics".

Projekt "...für demokratie courage zeigen!"

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit der DGB-Jugend ist seit 2002 die Auseinandersetzung mit den Themen Rassismus und Rechtsextremismus. Hierzu hat sich eine Gruppe von ca. 10 engagierten Ehrenamtlichen zusammengefunden, die nach einer Qualifikationsphase Projektstage in der Region durchführt.

Getragen wird das "Courage-Projekt" von der DGB-Jugend, der Naturfreundejugend und den Falken. Die Finanzierung erfolgt über ein Programm der Europäischen Union und ist immer wieder gefährdet.

Die Projektstage richten sich an Schulklassen, Jugend- und Azubi-Gruppen und bereichern die politische Bildungsarbeit der DGB-Jugend vor Ort. So konnte seit dem Start ungefähr einmal im Monat eine dreitägige Projektphase mit verschiedensten Schulklassen und Jugendgruppen durchgeführt werden. An dem Courage-Projekt teilgenommen haben seit 2002 u. a. Schulklassen der BBS II und III Göttingen, der Käthe-Kollwitz-Schule Göttingen, der Werk-statt-Schule Northeim, der Hauptschule Gieboldehausen, der Jugendvollzugsanstalt Göttingen und der BBS Duderstadt.

Darüber hinaus hat das Courage-Projekt der DGB-Jugend zwei Ausstellungen nach Göttingen geholt, in denen sich Jugendliche mit der Thematik auseinandersetzen konnten. So war die Ausstellung "Tatort Stadion. Rassismus und Diskriminierung im Fußball" im September und Oktober 2002 im Neuen Rathaus zu sehen und wurde inhaltlich begleitet von einigen Ehrenamtlichen des Courage-Projektes. Außerdem wurde 2003 in Kooperation mit Touch (eine Beratungs- und Anlaufstelle für junge Leute in Göttingen) eine Ausstellung zu "rechten Jugendkulturen" gezeigt. Dabei übernahmen einige Aktive aus dem Courage-Projekt Führungen durch die Ausstellung.

Seit 2004 hat sich das Courage-Projekt auch inhaltlich erweitert: Zum einen wurde der Themenbereich Antisemitismus in die Projektstage integriert; zum anderen fand sich eine neue Gruppe, die ein Projektstagekonzept zu Mädchen- und Jungenarbeit entwickelt, in dem es um die Diskriminierung von Mädchen und Frauen in der Erwerbsarbeit geht.

Fazit

Insgesamt ist es in den letzten vier Jahren gelungen, kontinuierliche und stabile Strukturen der Jugendarbeit der DGB-Jugend in der Region aufzubauen. Allerdings nahezu ausschließlich auf Göttingen konzentriert. Bei der DGB-Jugend selbst sowie im Rahmen der verschiedenen Projekte zur politischen Jugendbildung (Projekt "Demokratie und Mitbestimmung", "Courage-Projekt") sind zurzeit ca. 30 junge Menschen aktiv, die als MultiplikatorInnen eine Vielzahl von Schülerinnen und Schülern mit gewerkschaftlicher Jugend(bildungs)arbeit vertraut gemacht haben. Die DGB-Jugend ist in den letzten Jahren zunehmend in und um Göttingen in Erscheinung getreten - und möchte sich weiterhin mit Aktionen, Veranstaltungen und Bildungsangeboten als feste jugendpolitische und gewerkschaftliche Größe in der Öffentlichkeit etablieren.

Die Göttinger gewerkschaftliche Jugendarbeit ist nicht unerheblich von der Universität geprägt. So finden sich unter den Teamerinnen und Teamern der unterschiedlichen Projekte mehrheitlich Studierende, denn nur die können tatsächlich an Werktagen Schulen aufsuchen. Aber auch die DGB-Jugend als Gruppe hat viele studentische Mitglieder. Das kann auch kritisch gesehen werden. Mit Blick auf die Bildungsentwicklung in der Bundesrepublik und die unzureichende Ausstrahlung von Gewerkschaften auf Hochschulabsolventen ist darin allerdings eher eine Chance zu sehen, die genutzt und ausgebaut werden sollte.

Frauenpolitik

Frauenpolitik ist ein Stiefkind – nicht nur der Gewerkschaften. Hintergrund ist nicht nur die Mitgliederzusammensetzung mit einem deutlichen Männerübergewicht, sondern auch der Niedergang frauenpolitischer Bewegungen in den letzten Jahren. Das trifft auch den DGB und die aktiven Gewerkschaftsfrauen in den Gewerkschaften und im DGB.

Einen funktionierenden Frauenausschuss gibt es zur Zeit nur in Goslar. Dieser fungiert daher auch als Regionsfrauenausschuss und ist mit einem Sitz im Regionsvorstand vertreten.

In Göttingen wird gewerkschaftliche Frauenarbeit überwiegend von den IG Metalllerinnen und den ver.di-Frauen getragen, bei gemeinsamen Projekten in enger Absprache mit dem DGB.

Goslar

In der DGB-Frauengruppe Harz unter Vorsitz der Kollegin Brigitte Harder (ver.di) arbeiten 8 bis 10 Kolleginnen der Gewerkschaften IG BCE, IGM und ver.di mit. Der Frauenausschuss arbeitet eng mit den kommunalen Frauenbeauftragten zusammen und ist auch in der "Arbeitsgemeinschaft Frauengruppen und Frauenverbände im Landkreis Goslar" und im Landesfrauenausschuss vertreten.

Austausch zwischen Frauen aus Stendal und Goslar: Im Mai 2003 kamen 42 Frauen aus Stendal nach Goslar und berichteten über die Arbeits- und Lebenssituation der Frauen in den neuen Bundesländern. Der Gegenbesuch fand im Mai 2004 in Stendal statt.

Die Organisation und Durchführung der jährlichen Veranstaltungen zum Frauentag (8. März) sowie zum Internationalen Tag "NEIN zu Gewalt an Frauen (25. November) gehören zu den Schwerpunkten der Arbeit.

"Kleider machen Leute! Doch wer macht unsere Kleider?" lautete beispielsweise der Titel der Frauentagsveranstaltung 2004 im Rahmen der Kampagne "Mode, Macht & Frauenrechte" in Seesen.

Informationen zu frauenrelevanten Themen, Stände, an denen Frauengruppen ihre Projekte präsentieren, sowie Möglichkeiten zur Kommunikation gehören selbstverständlich ebenso zu den Frauentagsveranstaltungen wie das Knüpfen und Vertiefen von Kontakten. Der Besuch der Veranstaltungen mit ca. 50 bis 80 TeilnehmerInnen sowie das Medienecho kann als gut bezeichnet werden. Die jeweiligen Spendensammlungen während der Veranstaltungen kamen RAWA (unabhängige politische Organisation afghanischer Frauen) und der Kampagne Mode, Macht & Frauenrechte zugute.

Am Internationalen Tag "NEIN zu Gewalt an Frauen!", zu dem TERRE DES FEMMES eine bundesweite Fahnenaktion initiiert hat, beteiligen sich die Frauen im Harz seit Beginn im Jahre 2000. Vor dem Gewerkschaftshaus und vielen öffentlichen Gebäuden wehen am 25. November lange Fahnen mit dem Schriftzug "frei leben – ohne gewalt". Die Fahnenaktion wird durch Veranstaltungen zur Thematik ergänzt.

Girls` Day: Auf Initiative der DGB-Frauen rufen regionale Akteure Betriebe und Verwaltungen im Landkreis Goslar sowie Schulen auf, sich am "girls` day - Mädchen-Zukunftstag", zu beteiligen, um Mädchen Einblick in "frauenuntypische" Berufe zu gewähren und sie für Jobs im technischen Bereich zu begeistern. Mit dabei sind der Arbeitgeberverband, die Kreishandwerkerschaft, die IHK, das Arbeitsamt, die Arbeitsgemeinschaft der Frauenbeauftragten, der Kreiselternrat, die GEW und der Landkreis Goslar.

Fortbildungsveranstaltung an einem Samstag im Jahr: Diese soll sowohl der persönlichen Entwicklung wie auch der beruflichen/gewerkschaftlichen Tätigkeit der Frauen zugute kommen. Themen im Berichtszeitraum waren: "Internetnutzung für die gewerkschaftliche Frauenarbeit" (2001), "Wie Kompetenz sichtbar werden kann: Der erfolgreiche Auftritt" (2002), "...Zeit ..." (2004).

Göttingen

IG Metall und ver.di sind im Göttinger Frauenforum vertreten. Dieses organisiert alljährlich eine oder mehrere Veranstaltungen zum 8. März, die dann auch gemeinsam beworben werden. Der Beitrag der Gewerkschaftsfrauen besteht üblicherweise im Frauenfrühstück für Gewerkschafterinnen an einem Sonntag (mit durchschnittlich 60 - 80 Teilnehmerinnen). 2004 kam es – erstmalig seit langem - zu einer kleinen Veranstaltungsreihe zum 8. März. Dabei ging es u. a. um die Arbeitsbedingungen im Reinemachebereich, um Ungleichheiten in der Bezahlung und um die Gleichstellungspolitik der Bundesregierung (mit Inge Wettig-Danielmeier, MdB). Der teilweise schlechte Besuch lässt aber eine Wiederholung einer ganzen Reihe fraglich erscheinen.

Es bleibt eine Aufgabe für den DGB und die Gewerkschaften in Göttingen und Umgebung den 8. März zum einen wieder mehr mit Inhalten zu füllen und zum anderen für Teilnehmerinnen interessanter und attraktiver zu machen. Das Fehlen einer DGB-Frauengruppe bzw. eines Frauenausschusses macht sich immer wieder bemerkbar. Das gilt

auch für Aktivitäten außerhalb der Vorbereitungen für den Internationalen Frauentag.

Arbeitsmarktpolitik

Zum Erliegen ist ein Austausch zwischen den Mitgliedern im Verwaltungsausschuss des Arbeitsamtes (Arbeitnehmergruppe) und Frauenprojekten gekommen. Zu einem bestimmten Zeitpunkt war der wechselseitige Austausch erschöpft.

Duderstadt

Sicherlich ein Sonderfall in Bezug auf den Frauentag: Die jährliche Kooperationsveranstaltung vom DGB-Ortsverband und der Frauenbeauftragten der Stadt Duderstadt führt immer wieder Frauen in beachtlicher Teilnahmezahl (über 100 Frauen) zusammen. Die Beteiligung im "kleinen" Duderstadt ist besser als im "großen" Göttingen!

Northeim

In Northeim kommt es zu Kooperationsveranstaltungen des DGB-Ortsverbandes mit dem Bündnis für Fraueninteressen. Jährlich werden unterschiedlichste Veranstaltungen (Kabarett, Podiumsdiskussion, Frauenfrühstück, Info-Veranstaltung etc.) angeboten. Die Veranstaltungen besuchen durchschnittlich 60 Frauen.

Wettbewerb familienfreundlicher Betrieb

Eher im weiteren Sinne mit Frauenpolitik verbunden ist der Göttinger Wettbewerb familienfreundlicher Betrieb, der 2002 erstmalig durchgeführt wurde. Auf Initiative einer CDU-Abgeordneten im Kreistag fand sich ein Initiativkreis zusammen (u.a. mit Gleichstellungsstelle des Landkreises, Koordinierungsstelle Frauen in der privaten Wirtschaft, DGB, VertreterInnen von CDU, SPD und Grünen), der die Umsetzung betrieb. Eine Jury aus zwei Arbeitgeber-, zwei ArbeitnehmervertreterInnen und je einer Person der drei Parteien sichtet die umfangreichen Fragebögen, bewertet und wählte schließlich drei Preisträger aus. Diese werden dann in einer Veranstaltung im Göttinger Alten Rathaus der Öffentlichkeit vorgestellt und mit gestifteten Preisen bedacht.

Für das Jahr 2005 ist eine Fortsetzung in Arbeit. Der DGB wird dabei mit drei Personen in der Jury vertreten sein, die auch die Region widerspiegeln: Ganz Südniedersachsen (Göttingen, Northeim und Osterode) soll jetzt einbezogen werden.

Hinzuweisen ist dabei, dass ursprüngliche frauenpolitische Themen heutzutage immer mehr unter dem allgemeinen Oberbegriff Familienpolitik subsumiert und damit entpolitisiert werden. Die "Bündnisse für Familie", die zurzeit bundesweit auf kommunaler Ebene installiert werden – und die die Kompensation für ein nicht verabschiedetes Gleichstellungsgesetz in der privaten Wirtschaft darstellen – verkörpern diesen Trend. Der DGB, der sich auf Bundesebene in diesen Bündnis engagiert und sie auch auf lokaler Ebene unterstützt, ist ein Teil dieser Entwicklung.

Girls' Day

Der Girls' Day als bundesweite Initiative geht 2005 in seine fünfte Runde. Als Initiative von Bundesregierung, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften wird mit diesem Tag versucht, Mädchen für eher männerspezifische Berufe zu interessieren und zu motivieren. Das aus den USA übernommene Modell sollte Eltern (insbesondere Väter) dazu motivieren, an diesem Tag ihre Tochter an den Arbeitsplatz mitzunehmen um ihr diesen zu zeigen und sie dafür zu interessieren.

In der Praxis handelt es sich allerdings eher um Informationsangebote von Firmen und Verwaltungen mit einem besonderen Blick auf technische Berufe.

Als Problem (und als beliebter Aufhänger für alle, die die Idee hintertreiben wollen) hat sich auch in der Region Südniedersachsen-Harz immer wieder die Diskussion darüber herausgestellt, was an diesem Tag mit den Jungen zu geschehen habe. Das Idealbild, diesen in der Schule spezifische Angebote zum Thema Rollenverhalten zu machen, hat sich nur eingeschränkt verwirklichen lassen.

In der DGB-Region war der DGB insbesondere an den Girls' Days in Göttingen (einschl. Landkreis) und im Landkreis Goslar beteiligt: Gemeinsame Aufrufe und Pressegespräche sollten das Anliegen befördern.

Nüchtern muss allerdings eingeschätzt werden, dass der ursprüngliche Ansatz inzwischen einer Routine gewichen ist, die die Frage nach der Sinnhaftigkeit weiteren Engagements stellt.

Seniorenarbeit

Dieter Lorenz von der Northeimer Seniorengruppe wurde Mitte 2004 dem DGB-Landesbezirk als Seniorenvertreter benannt.

Viele Einzelgewerkschaften haben jetzt selbst Seniorengruppen eingerichtet, sodass der DGB sein "Monopol" verloren hat.

Northeim

Dieter Lorenz ist Vorsitzender der Seniorengruppe Northeim. Zum monatlichen Stammtisch kommen durchschnittlich 12 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Sporadisch wurden Fahrten angeboten. Gemeinsam mit den BAU-Senioren war immer ein Bus voll.

Die Seniorengruppe beteiligte sich an den Wahlen zum Seniorenstadtrat sowohl mit neun Delegierte als auch Dieter Lorenz als Kandidat.

Im Sommer 2003 feierten die DGB-Senioren Northeim ihren "25. Geburtstag" mit einem Festakt im Saal des Hotels "Deutsches Haus". Bürgermeister Rabe hielt spontan ein Grußwort der Stadt Northeim vor den ca. 75 Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Aus Anlass des 25. Geburtstags der Seniorengruppe wurde das Manuskript "Northeim im Kaiserreich – Zur Alltagsgeschichte einer niedersächsischen Kleinstadt" vorgestellt. Vor über 20 Jahren hatte die Northeimer Seniorengruppe am Konzept mitgewirkt, das als Projekt der Hans-Böckler-Stiftung. von den Wissenschaftlern Gottfried Christmann und Jürgen Kädler erarbeitetet wurde. Das jahrelang verlorene Manuskript wurde nach seinem Wiederauffinden überarbeitet und soweit hergerichtet, dass es zumindest im Internet (bisher fast 150 downloads) veröffentlicht werden konnte. Aus finanziellen Gründen wird es zu keinem Druck kommen.

Einbeck

Nach 20 Jahren wollte der Gründer der DGB-Seniorengruppe Einbeck, Fred Wunderlich, sein Amt aus Altersgründen während der Weihnachtsfeier 2004 niedergelegen. Ein Nachfolger ist noch nicht gefunden, sodass er bis Juni sein Amt noch fortführen muss.

Monatlich treffen sich ca. 15 Kollegen. Manchmal werden auch Referenten zum Stammtisch eingeladen. Jeweils im Frühjahr und Herbst fand ein Preisskat und -knobeln, in der Adventszeit eine Jahresabschlussfeier mit Partnerinnen statt.

Senioren Langelsheim

Seit nunmehr 15 Jahren besteht der Arbeitskreis Senioren in Langelsheim.

Unter Federführung von Peter Klein (IG BCE) finden – außer in den Sommermonaten – monatliche Informations- und Bildungsveranstaltungen statt, in deren Mittelpunkt gesellschaftspolitische Themen stehen. Rund 60 Senioren nehmen jeweils an den Veranstaltungen teil. Das Themenspektrum reicht von der Arbeitsmarkt- bis zur Wirtschaftspolitik.

Regelmäßig informieren sich die Senioren auch über aktuell anstehende kommunalpolitische Entscheidungen sowohl vor Ort als auch im Kreis und laden Landtags- und Bundestagsab-geordnete ein, um sich aus erster Hand über anstehende Gesetzesvorhaben unterrichten zu lassen.

Besonders stolz sind die Senioren auf ihre Kontakte zur jüngeren Generation, sprich auf die Veranstaltungen mit Schülerinnen und Schüler der Abgangsklassen der Haupt- und Realschule Langelsheim. Dabei werden Themen wie "Ausbildung früher und heute" oder "Partnerschaft, Arbeit, Freizeit - Lebensziele junger Menschen heute" diskutiert.

Während jeweils im Februar ein Faschingsnachmittag auf dem Programm steht, sind die Sommermonate Juli/August Theaterbesuchen im Harzer Bergtheater sowie Tages- oder Mehrtagesfahrten vorbehalten.

Fast schon Tradition haben die Seminare in der Heimvolkshochschule in Barendorf. Eine Woche lang widmen sich die Kolleginnen und Kollegen hier meist ökologischen Themen.

Finanziell unterstützt wird die Arbeit vornehmlich von der Ortsgruppe der IG BCE, in deren Vorstand der Arbeitskreis Senioren auch vertreten ist. Eingebunden in den Seniorenkreis sind jedoch Kolleginnen und Kollegen aller Gewerkschaften unter dem Dach des DGB.

Antikriegsaktivitäten / Erinnerung und Gedenken / Antifaschismus

Aktivitäten gegen Kriege

Der 1. September (als Jahrestag des Überfalls der deutschen Truppen auf Polen und damit des Beginns des zweiten Weltkrieges 1939) ist der traditionelle Antikriegstag der Gewerkschaften. Im allgemeinen Bewusstsein ist seine Bedeutung längst marginal, im allgemeinen gewerkschaftlichen Bewusstsein ebenso. Dennoch unterstützt der DGB Südniedersachsen-Harz schon aus seiner geschichtlichen Verantwortung heraus regelmäßig Antikriegstagsaktivitäten, sei es über das Göttinger Friedensbüro oder sei es über den Goslarer Friedensratschlag. Ebenso hat sich die DGB-Region im Einsatz gegen drohende Kriege engagiert und auch jenseits davon immer wieder antimilitaristische Veranstaltungen mit durchgeführt oder selber organisiert.

So hat sich die DGB-Region gegen eine militärische Interventionen der USA in Afghanistan ausgesprochen – nicht weil ihr das dortige Taliban-Regime am Herzen lag, sondern weil sie ungleich größere Verluste unter der Zivilbevölkerung infolge eines derartigen Einschreitens befürchtete.

Die Proteste gegen den Militärschlag gegen den Irak durch die US-Truppen 2003 wurden bundesweit von gewerkschaftlichen Gliederungen mitgetragen und mobilisiert. Das betrifft sowohl die Teilnahme an der bundesweiten Großdemonstration am 15. Februar 2003 in Berlin mit 500.000 TeilnehmerInnen wie auch viele dezentrale Kundgebungen und Veranstaltung. So wurden vom DGB Südniedersachsen-Harz am 15. Februar 2003 aus Goslar und aus Göttingen insgesamt 17 Busse nach Berlin auf die Straße gebracht! Und das obwohl die TeilnehmerInnen ihre Fahrtkosten weitestgehend selbst bestreiten mussten.

Sowohl in Goslar (am 15.03.2003) wie auch in Göttingen (01.03.2003) gab es Kundgebungen, die vom DGB in zentraler Rolle organisiert wurden. Dabei lag ein großes Bemühen darauf, im Rahmen der Proteste gegen den drohenden Krieg nicht das Terrorregime eines Saddam Hussein zu verklären.

In Göttingen kam es in der Vorbereitung auf Aktionen zum Tag des Kriegsbeginns zu heftigen Verwerfungen zwischen Teilen der Göttinger linksradikalen Szene und dem DGB und anderen auf der anderen Seite. Dies führte zu einer teilweise gespaltenen Kundgebung und sorgte in den folgenden Tagen und Wochen für eine Lähmung der Proteste.

In Goslar kam es über den Friedensratschlag im DGB zu einigen Folgeveranstaltungen: Ostermarsch, Mahnwachen und Erinnerungsveranstaltung ein Jahr nach Kriegsbeginn.

Insgesamt bleibt festzustellen, dass viele Antikriegsdemonstranten in ihrer Wut auf die Interventionspolitik der Vereinigten Staaten häufig alle Maßstäbe verlieren und manchen sogar ein Regime Husseins unterstützenswert erscheint. Von derartigen Gedanken hat sich der DGB stets fern gehalten .

Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Seit 1996 beteiligt sicher der DGB an der Vorbereitung und Durchführung der alljährlichen Veranstaltungsreihe " Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus - 27. Januar" (Gedenktag 27. Januar zur Befreiung des KZ Auschwitz), die immer zwischen dem 09.11. (Jahrestag der Reichspogromnacht 1938) und dem 30.01. (Jahrestag der Machtübergabe an Adolf Hitler 1939) in Göttingen. Mit regelmäßig 15 – 20 Veranstaltungen (Lesungen, Zeitzeugengesprächen, Vorträgen, Führungen, Konzerten etc.) erreicht diese Reihe immer wieder hunderte von Menschen und ist in ihrer Art bundesweit ziemlich einmalig.

Verantwortlich dafür ist ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis u. a. aus Geschichtswerkstatt, Jüdischer Gemeinde, Zeugen Jehovas, KZ-Gedenkstätten, Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit und DGB (DGB häufig als koordinierende und organisierende Kraft).

Seit 2002 findet eine ähnliche Reihe auch im Landkreis Northeim statt. Initiiert von der KZ-Gedenkstätte Moringen wird sie organisatorisch vom DGB-Ortsverband Northeim - Moringen mit getragen.

Auch in Goslar sind Veranstaltungen in Erinnerung an die Zeit des Faschismus in der Regie des DGB-Ortsverbandes häufiger der Fall. Ein antifaschistischer Stadtrundgang, der auch in einer Broschüre dokumentiert wurde, ist ein Ergebnis davon.

Die enge Kooperation, insbesondere mit der KZ-Gedenkstätte Moringen, hat dazu geführt, dass der

DGB-Regionsvorsitzende dem Beirat der Gedenkstätte angehört und einige Male zugunsten der Einrichtung interveniert hat.

Antifaschismus

Das rechtsextremistische Engagement ist in den letzten Jahren in Südniedersachsen und im Harz etwas zurückhaltender geworden. Letzte große Aktivität war die Mobilisierung der faschistischen NPD zu einer Demonstration am 01. Mai 2002 in Göttingen. Eine erfolgreiche Gegenmobilisierung führte zu einer 1. Maikundgebung des DGB mit einem stark antifaschistischen Charakter und einer auf 2.000 Menschen verdoppelten Teilnehmezahl. Eine Platzbesetzung am frühen Morgen und verschiedenen Blockadeversuche des Naziaufmarsches gehörten ebenfalls dazu.

Insgesamt bleibt Rechtsextremismus auch im Bereich der DGB-Region durchaus virulent, wenn er auch nicht immer fassbar ist: dabei geht das Spektrum von rechtsextremen Burschenschaften in Göttingen, über Hakenkreuzsprühereien, insbesondere im Landkreis Göttingen, bis hin zur Nazi-Kameradschaft Northeim und Revanchistenverbänden im Goslarer Raum.

Die engen Verbindungen zwischen DGB, Organisationen und Verbänden, Kirchengemeinden und Initiativen der eher weiter links orientierten Göttinger Szene haben in der Vergangenheit maßgeblich dazu beigetragen, dass Rechtsextremismus keinen Fuß in Göttingen auf den Boden bringen konnte. Jetzt gilt es, auch den verdeckter auftretenden Bestrebungen, rechtsextreme Ideologien in die Öffentlichkeit zu tragen, Einhalt zu gebieten.

Der DGB, die Medien und die Kommunikation

Die Bedeutung der Medien für die Wahrnehmung von Gewerkschaften und ihrer Arbeit und Auseinandersetzungen nimmt ständig zu. Sie wird geprägt von TV-Berichterstattung zu großen Ereignissen (wie dem Streik der Metaller in den neuen Bundesländern), von Schlagzeilen in den Tageszeitungen und von einer medial geschaffenen und verinnerlichten Ideologie, wie Wirtschaft zu funktionieren hat. Gewerkschaften werden in diesen Weltbildern häufig als rückständige Bremser, als Verhinderer und Blockierer, als Innovationsfeinde und Neider bezeichnet. Egal ob es um den gesetzlichen Ladenschluss, die Länge der Wochenarbeitszeit, den Kündigungsschutz oder die sozialen Sicherungssysteme handelt: Bei allen Themen findet Meinungsbildung (auch die der Gewerkschaftsmitglieder) weniger über Flugblätter und Zeitungen der Gewerkschaften statt, dafür aber umso mehr über Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Das macht die Notwendigkeit einer konsequenten und qualifizierten Öffentlichkeitsarbeit des DGB und seiner Gewerkschaften deutlich. Gefragt sind hier weniger Verlautbarungen, sondern stattdessen aktives Eingreifen in öffentliche Debatten. Eine mediale Selbstdarstellung der Gewerkschaften, die sich auf die Berichterstattung der Lokalzeitungen über Jubilarehrungen beschränkt und veränderte Lese- und Sehgewohnheiten außer Acht lässt, werden die angestrebten Zielgruppen nicht erreichen.

Deswegen wird sich gewerkschaftliche Medienarbeit auch in Zukunft weiter verändern müssen: Verstärkter Einsatz elektronischer Medien, offensiver Umgang mit der Öffentlichkeit, verstärkter Blick auf Rundfunk und Fernsehen, Schaffung neuer Kommunikationswege, wie kommunale Radios und alternative Medienprojekte etc.

Medien und Gewerkschaften in der Region

Die Zeitungslandschaft in Südniedersachsen und im Harz ist durch eine große Anzahl von Lokalzeitungen geprägt. Ihre Bereitschaft zur Berichterstattung über gewerkschaftliche Themen und Positionen ist überwiegend groß. Probleme mit der Veröffentlichungspraxis gibt es vereinzelt in Göttingen und in Goslar.

Sowohl das Regionsbüro wie auch das Goslarer DGB-Büro versenden Pressemitteilungen in beachtlicher Zahl. Überwiegend handelt es sich dabei um Veranstaltungshinweise, Informationsangebote und Kommentierungen regionaler Ereignisse von Bedeutung für die Gewerkschaften. Auf das "Wiederkäuen" bundespolitischer oder landespolitischer Themen wird verzichtet.

Rundfunk und Fernsehen sind nur in Göttingen mit Studios vertreten (Hit Radio Antenne, ffn, NDR, StadtRadio). Abgesehen vom Göttinger StadtRadio gelingt es nur vereinzelt in diesen Medien vertreten zu sein. Das ist nicht nur bedauerlich, sondern ein echtes Handicap. Eine längerfristige Überlegung könnte sein, kurze aktuelle Statements selber zu digitalisieren und per Mail den Redaktionen zur Verfügung zu stellen.

StadtRadio Göttingen

Das Göttinger StadtRadio zählt zu den nichtkommerziellen lokalen Radios, die aus der Rundfunkabgabe der privaten Sender in Niedersachsen finanziert werden. Träger ist ein eingetragener Verein, dem auch der DGB Südniedersachsen-Harz als Mitglied angehört. Das StadtRadio hat mit einer intensiven Berichterstattung u. a. über gewerkschaftliche bzw. gewerkschaftsnahe Themen in den letzten Jahren eine beachtliche Reichweite erlangt. Ein Defizit ist dabei, dass aktive GewerkschafterInnen nur in sehr geringem Umfang an den Angeboten zur Eigenaktivität (Bürgerfunk) mitwirken. Dennoch hat es mehrere Interventionen des DGB zugunsten des Stadtradios und zugunsten einer breiten Berichterstattung gegeben, die sowohl vom StadtRadio wie auch im weiteren Umfeld positiv wahrgenommen wurden.

Maizeitung

Dreimal hat es geklappt und für den 1. Mai gab es Sonderseiten als Verlagsbeilage im Verbreitungsgebiet des Göttinger Tageblattes und der HNA. Die Finanzen dafür wurden durch Anzeigen ‚befreundeter‘ Einrichtungen und Firmen und der Gewerkschaften erbracht. Die inhaltlichen Beiträge wurden von einem Redakteur des GT in Zusammenarbeit mit dem DGB erstellt. Eine Fortführung in der ursprünglichen Form erwies sich als zu teuer, nachdem das hauptsächliche Anzeigenaufkommen von den Gewerkschaften erbracht wurde. Für die Zukunft könnte eine eigenständige Maizeitung überlegt werden. Auch diese ließe sich über Anzeigen finanzieren, die Verbreitung könnte über die Betriebe erfolgen. Vorteile: Gemeinsame Inhalte und gemeinsame Bewerbung des 1. Mai, mehr Lesefreundlichkeit, gewerkschaftliche Identitätsstiftung in der DGB-Region. Eine Umsetzung kann durch die Beauftragung einer Medienagentur auf den Weg gebracht werden.

Aufschlag

Zweimal ist 2004 der „Aufschlag“ erschienen, eine Zeitung für Bildung, Arbeit und Soziales, wie es im Untertitel heißt. Einmal zu den Kundgebungen am 03.04.2004 mit einer Auflage von 20.000 Stück und einmal im Herbst 2004 zum Thema Bildung mit 10.000 Exemplaren. Das Konzept: Vier Seiten, lesefreundlich gestaltet, professionell geschrieben und layoutet als Streumaterial zu zentralen Anlässen.

Göttinger Wochenzeitung

Es handelt sich um den Aufbau einer Genossenschaft mit dem Ziel der Gründung einer Wochenzeitung, die ein Gegengewicht zur dominierenden Tageszeitung in der Stadt schaffen soll. Ein Projekt, das durchaus eine nähere Beobachtung durch den DGB und seine Gewerkschaften verdient.

Internet

Die DGB-Region verfügt seit drei Jahren über einen eigenen Internetauftritt. Er wurde möglich durch die ehrenamtliche Tätigkeit eines engagierten und versierten jungen Kollegens. Der Auftritt ist einfach gestaltet und dient vor allem der Informationsvermittlung: Pressemitteilungen, Termine und Dokumente zum Download. Eingespeist werden die Informationen von den Beschäftigten der DGB-Region. Die monatlichen Zugriffszahlen liegen bei einigen hundert und rechtfertigen die Nutzung des Mediums allemal. Weniger erfolgreich ist aber die Nutzung der Website durch registrierte weitere Personen: Obwohl diese Möglichkeit relativ einfach in Anspruch genommen werden kann, wird davon nur wenig Gebrauch gemacht.

Weitere Websites in Verantwortung der DGB-Region sind die Seiten des DGB-Ortsverbandes Goslar, des Göttinger Sozialforums und die Seite „Südniedersachsen gegen Rechts“, die allerdings zurzeit nicht gewartet wird. Die Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften hat ebenfalls einen Internet-Auftritt, in der Göttinger DGB-Jugend wird an einem eigenen Auftritt „gebastelt“.

Was bisher fehlt: Ein klares Kommunikationskonzept der DGB-Region, insbesondere was die Nutzung von E-Mails angeht. Newsletter und Newsgroups sind bisher kein Element der Internet-Kommunikation.

Kirche und Gewerkschaften

Südniedersachsen

Trotz einer Vielzahl an Anknüpfungspunkten in einigen Kommunen der DGB-Region ist es zu keiner Verstärkung und Dauerhaftigkeit im Austausch zwischen Gewerkschaften und Kirchen gekommen. Ausnahme dabei sind die Duderstädter Gespräche, die seit 2001 nicht mehr nur durch das Kolpingwerk durchgeführt werden, sondern als Kooperationsveranstaltung mit dem DGB. An diesem Termin – immer in der Faschingswoche in der katholischen Familienbildungsstätte in Gerblingerode – nehmen jedes Jahr um die 150 Interessierte teil. Schwerpunkte sind sozial- und arbeitsmarktpolitische Themenstellungen. Die eingeladenen gewerkschaftlichen Redner konnten schon manches Mal bei dem eher konservativen Publikum punkten.

Ein neuer Anlauf mit der Evangelischen Kirche über den KDA (Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt) im Frühjahr 2004 in Göttingen kam nach einem hoffnungsvollen Start ins Stocken: Eine geplante Diskussion von Bischöfin Margot Käßmann und dem ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske kam nach einer Absage der Bischöfin nicht zustande, ein neues gemeinsames Veranstaltungsprojekt hat sich seither noch nicht heraus kristallisiert.

Unterhalb der Schwelle dauerhafter Kooperation hat sich in der Praxis eine vielfältige Kultur der Zusammenarbeit entwickelt: Pfarrer sprechen auf gewerkschaftlichen Kundgebungen gegen die NPD, der DGB-Regionsvorsitzende referiert in kirchlichen Veranstaltungen und Arbeitstreffen, Pastoren besuchen von Arbeitsplatzabbau betroffene Betriebe etc.

Goslar

Auch in Goslar hat die Zusammenarbeit des DGB insbesondere mit der Evangelischen Kirche Tradition. Das findet seinen Ausdruck im Engagement des KDA bei Massenentlassungen und den Protesten dagegen, ebenso wie in gemeinsamen Veranstaltungen (so u.a. gegen die militärische Intervention im Irak) und in der Verständigung über Proteste gegen den Sozialabbau.

Ambivalent wird das Verhältnis zu den Kirchen immer dann, wenn es um die Arbeitsbedingungen in kirchlichen Einrichtungen und Wohlfahrtsverbänden geht. Und diffizil, aber nicht ausdiskutiert, sind Reaktionen der "offiziellen" Repräsentanten zu zentralen gesellschaftlichen Fragen. So ist das Entstehen der Kirchen gegen eine Ladenöffnung an Sonntagen zwar unstrittig und die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften an diesem Punkt durchaus willkommen, geht es aber generell gegen eine Ausweitung des Ladenschlusses, ist die kirchliche Positionierung deutlich weniger stringent. Noch schwieriger stellt sich die Positionsbestimmung der christlichen Kirchen zur Agenda 2010 aus Gewerkschaftssicht dar. Dies widerspricht deutlich dem gemeinsam diskutierten und entwickelten "Gemeinsamen Wort der Kirchen zur Sozialen Lage in Deutschland" aus den 90er Jahren.

Jüdische Gemeinde

Die Göttinger Jüdische Gemeinde ist die einzige in der gesamten DGB-Region. Der Kontakt zwischen dem DGB-Regionsvorsitzenden und dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde (wie auch seiner Vorgängerin) ist eng und herzlich. Das Bündnis "Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus" tagt gerne in den Räumen der Gemeinde (die seit 2003 ihr eigenes Domizil in Göttingen hat und sich seitdem in einer permanenten Bauphase befindet). Die Jüdische Gemeinde beteiligt sich an den Protesten gegen Nazis und die NPD, zu wichtigen Veranstaltungen wird sich wechselseitig eingeladen. Der DGB-Regionsvorsitzende gehört außerdem dem Förderverein für ein Jüdisches Zentrum in Göttingen an und unterstützt damit die Aufbauarbeit der Gemeinde.

Bildungsarbeit

Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit des DGB wird üblicherweise über die Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN durchgeführt. Das sind überwiegend Seminare und Abendveranstaltungen der DGB-Ortsverbände, Informationsveranstaltungen zu arbeitsrechtlichen Themen, insbesondere in Göttingen und Goslar, und der große Sektor der beruflichen Weiterbildung.

Nur begrenzt hat sich dabei ein eigenes Bildungsprofil der DGB-Region entwickelt. Insbesondere mit zeitnahen und informativen Veranstaltungen zu aktuellen Entwicklungen im Sozialgesetzbuch und im Arbeitsrecht konnte die DGB-Region in größerer Anzahl Kolleginnen und Kollegen zur Teilnahme gewinnen. Diesen Bereich gilt es auszubauen und im Interesse einer engeren Anbindung zwischen Aktiven in den Betrieben und dem DGB zu nutzen. Auch der gesamte Bereich der regionalen Schulung und Weiterbildung der ehrenamtlichen Arbeitsrichterinnen und Arbeitsrichter gehört dazu.

Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen, Süd GmbH

Als gemeinnützige GmbH besteht ARBEIT UND LEBEN Süd mit eigener Geschäftsführung erst seit dem 01.01.2004. Geschäftsführer ist der bisherige Regionalleiter Bernd Schütze. Bis dahin war das die "Region Süd" mit einem Regionalleiter und dem DGB-Regionsvorsitzenden als Vorsitzender. Das Risiko einer "Entfremdung" zwischen dem gewerkschaftlichen Bildungsanbieter und den Gewerkschaften hat durch diese Umstrukturierung zugenommen. Zugleich wurde ARBEIT UND LEBEN durch die Umstrukturierung auf dem eng umkämpften Sektor der beruflichen Weiterbildung handlungsfähiger.

Mit einem Personalstamm von 45 hauptberuflich beschäftigten Koordinatoren, Lehrern, Ausbildern und Verwaltungskräften sowie ca. 200 Honorarprofessoren werden von ARBEIT UND LEBEN in Göttingen Bildungsveranstaltungen in sehr unterschiedlichen Feldern angeboten.

Bildung / Weiterbildung:

- Politik und Gesellschaft, Ökologie - Natur, EDV / Neue Medien
- Nachholen von Schulabschlüssen (Haupt- und Realschule), Fremdsprachenlehrgänge Englisch, Deutsch als Fremdsprache für Aussiedler
- Berufliche Erstausbildung von Jugendlichen:
- Altenpfleger/in, Schneider/in, Hauswirtschafter/in, Hauswirtschaftshelfer/in

Umschulung :

- Berufsabschluss für Erwachsene in den Berufen: Koch /Köchin, Restaurantfachleute (Kellner/in), Ausbildung Altenpfleger/in, Ausbildung Altenpflegehelfer/in,

Fortbildungen in den Berufsbereichen (Ausbildung der Ausbilder):

- Diätetisch geschulter Koch, Küchenmeister, Restaurantmeister, Geprüfter Polier, Fachkraft für Leitungsaufgaben in der Pflege, Qualitätsbeauftragter im Gesundheitswesen, EDV

EU-Projekte:

ARBEIT UND LEBEN führt(e), finanziert aus verschiedenen Fördertöpfen der EU, des Landes Niedersachsen sowie des Deutsch-französischen Jugendwerks sowie Mitteln des Bundesaltensplans, Projekte durch:

- "Cash und Care" - (Altenpflege)
- "Europolier - Bau 2000"
- "Gastronomie-Service regional"
- "Trading Up" im Einzelhandel durch Qualifizierung
- "QUADRATour" - (Qualifizierung der regionalen Akteure der Tourismuswirtschaft)
- Qualifizierungsoffensive für un- und angelernte MitarbeiterInnen in der Altenhilfe (QUAM). MitarbeiterInnen in der Altenhilfe ohne abgeschlossene Pflegeausbildung wird eine Qualifizierung zum/zur PflegehelferIn ermöglicht (ergänzt durch JobRotation).

"Jobcoaching und Vermittlung von Migrantinnen und Migranten"

Durch ein Beratungs-, Trainings- und Qualifizierungsprogramm wird die Bereitschaft und Befähigung arbeitsloser Migrantinnen und Migranten zur Arbeitsaufnahme gefördert und gemeinsam mit ihnen werden neue berufliche Perspektiven erarbeitet.

Netc@fé Göttingen-Grone

Im Netc@fé werden die Jugendlichen in zwei Bereichen "fit" gemacht: zum einen in der Gastronomie, zum anderen im Umgang mit dem Computer.

Zugleich wird versucht, die Jugendlichen in Praktikumsstellen und Ausbildungsbetriebe zu vermitteln. Hierfür erhalten die Jugendlichen im Netc@fé das nötige Bewerbungs-Training sowie speziellen Förder-Unterricht. Hier arbeiten zurzeit 23 Jugendliche, die aus dem Stadtteil Göttingen-Grone stammen.

Das Netc@fé bietet der Öffentlichkeit zum einen ein preisgünstiges Restaurant, zum anderen die Benutzung der einrichtungseigenen Computer - zum Schreiben, zum Surfen und Chatten, zum Abholen von E-mails oder zur

ARBEIT UND LEBEN, Örtliche Arbeitsgemeinschaft Goslar e.V.

ARBEIT UND LEBEN Goslar e.V. ist seit den 50er Jahren die Bildungsvereinigung des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Westharz.

Durchgeführt werden insbesondere Tages- und Wochenendseminare für DGB-Orts- und Kreisverbände und andere gewerkschaftliche Gliederungen. Die Themenvielfalt umfasst das gesamte Spektrum des gewerkschaftlichen Wirkens im DGB.

Einen herben Schlag bedeutete die ersatzlose Streichung der jährlichen Zuschüsse des Landkreises Goslar im Jahr 2002. In der Folge mussten insbesondere im Bereich der Seminare mit Übernachtungen Einschnitte vorgenommen werden.

Soziale Proteste

Vieles was sich auf den vorherigen Seiten findet, lässt sich ebenfalls unter dem Begriff soziale Proteste fassen; seien es die Montagsdemonstrationen, die Aktionen zur Gesundheitsreform oder Auseinandersetzungen mit der Agenda 2010. Hier soll es um die bisher noch nicht benannten Bereiche gehen, in denen der DGB regional und kommunal häufig eine zentrale Rolle einnimmt und als wichtiger Knoten in einem großen Netzwerk fungiert.

So manche Fachtagung, so mancher Arbeitskreis und so manche Aktion wäre nicht zustande gekommen, hätte es nicht gewerkschaftliche Strukturen des DGB (und den immer noch guten Namen) gegeben, die die Akteure zusammengeführt und unterstützt haben.

Göttingen

Ein zentraler Bezugspunkt für soziale Proteste ist der Runde Tisch Armes Göttingen. Ursprünglich schon vor Jahren gegründet als ein Zusammenschluss von Initiativen und Beratungseinrichtungen im Bereich der Sozialhilfe ist er seit Jahren das wichtigste kommunale Netzwerk zur Diskussion über Einflussnahme auf die Sozial- und Beschäftigungspolitik der Kommune. Hier wurden die Auseinandersetzungen über den Einsatz der Vermittlungsagentur Maatwerk geführt, hier wurde über Jahre hinweg eine Sozialplanung für Göttingen gefordert, hier wurden Proteste gegen Kürzungen und Streichungen organisiert. Und hier entstanden auch die Grundlagen für das Sozialforum Göttingen (s. u.).

Der DGB ist seit Jahren in diese Struktur integriert und rege beteiligt an der Veranstaltungs- und Aktionsplanung. Als Besonderheit erwähnt seien in diesem Zusammenhang die Protest 2003 gegen die Integrationspolitik der Bundesanstalt für Arbeit, die behinderte Jugendliche immer mehr von Integrationsmaßnahmen ausschließt. Diese Proteste haben zu zwei Kundgebungen vor dem Arbeitsamt und vor dem Rathaus geführt, getragen gemeinsam vom Runden Tisch, vom DGB und auch vom Netzwerk Lernende Region.

Sozialforum Göttingen

Mitte 2003 nach den eher bescheidenen Protesten gegen die Gesundheitsreform und gegen die Agenda 2010 des Kanzlers und der Bundesregierung setzte ein Reflexionsprozess ein:

- Wie die Menschen erreichen, bei denen die Logik des Sparens, des Kürzens und des Streichens immer mehr verfängt?
- Wie Informationen und Argumente darüber vermitteln, dass die Bundesrepublik Deutschland eines der reichsten Länder der Welt ist?
- Was gibt es überhaupt für Alternativen zum herrschenden Mainstream, wie er durch alle Medien vermittelt wird?

Eine Veranstaltungsreihe war die Folge. Unter dem Titel "Die Zukunft des Sozialen. Alternativen zum Abstellgleis" wurden in vier gut besuchten Abendveranstaltungen im Herbst 2003 unterschiedliche Ansätze diskutiert. Ergebnis darüber hinaus waren zwei Aktionskonferenzen Ende 2003 und Anfang 2004 in denen die Gründung eines Göttinger Sozialforums vorangetrieben und im Frühjahr 2004 unter maßgeblicher Beteiligung durch den DGB vollzogen wurde.

Ziel war ein offenes Netzwerk zur regelmäßigen sozialpolitische Entwicklung, zur Organisation von Protesten und Widerstand sowie zur Diskussion über Perspektiven für die Zukunft.

Das Sozialforum trifft sich regelmäßig monatlich. Nach anfänglichen heftigen Diskussionen zwischen VertreterInnen linker Göttinger Gruppen und eher "reformerischen" Kräften (zu denen dann auch der DGB und die Gewerkschaften zu zählen sind) ist der aktive Kreis inzwischen zusammengeschrumpft. Der Arbeitsfähigkeit tut das aktuell keinen Abbruch. Den Fortbestand des Sozialforums bzw. seine Entwicklung oder sein Ende (auch im Kontext bundesweiter und europäischer Sozialforen) werden die Aktiven vor Ort bestimmen.

Goslar

Auch in Goslar finden sich in unterschiedlichen Konstellationen immer wieder Aktive aus Gewerkschaften, Arbeitslosengruppen, Kirchengemeinden und Wohlfahrtsverbänden zusammen um den Protest gegen eine unsoziale Politik nach außen zu tragen. Aktuell ist das "Netzwerk für soziale Gerechtigkeit", das vom DGB-Ortsverband erstmalig einberufen wurde, der Ort, wo Vernetzung gegen Sozialabbau und entsprechender Informationsaustausch stattfindet.